

Bezugspreis:
Bierzeitung 30.— M., monatlich 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: monatlich 10.— M., einjährig 100.—
M., halbjährig 50.— M., einjährig außer-
halb Deutschlands, Dänisch, das Saar- und
Pommerngebiet, sowie die ehemals deutsch-
en Gebiete Polens, Österreich, Ungarn
und Rumänien 12.— M. für das übrige Ausland 14.— M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich, Ungarn,
Tschechoslowakei, Dänemark, Holland,
Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Himmelswelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentags zweimal, Sonntags
und Montage einmal.
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonntagabend, den 17. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Zentralschreiberei
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Nonpareilzeile
kostet 4.— M. „Kleine Anzeigen“
das Setzgedruckte Wort 2.— M. (zu-
willing zwei Setzgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellenangebote
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
60 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Adressanten Seite 250 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Anzeigenaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schlußzeit
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Ein Danaergeschenk.

Vorgestern wußte die „Vossische Zeitung“ zu melden, daß Industrie und Banken für das Reich eine Goldanleihe von mehreren Milliarden aufbringen wollten, um damit die nächsten Reparationszahlungen zu ermöglichen. Wir wiesen von vornherein darauf hin, daß wir eine gesetzliche Regelung für notwendig halten, die, wie immer sie gedacht sei, zwangsläufig in der von uns vorgeschlagenen Erfassung der Goldwerte durch Beteiligung des Reiches an den Produktionsmitteln gipfeln muß. Dabei äußerten wir auch Zweifel, ob es der Industrie überhaupt möglich sei, mehrere Milliarden Gold auf dem Wege einer freiwilligen Hilfsaktion aufzubringen. Bekräftigt werden jetzt unsere Zweifel durch eine Rundgebung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, in der dieser versichert, man rechne nur mit der Möglichkeit, ein bis eineinhalb Milliarden Goldmark zu beschaffen. Angesichts der Tatsache, daß für die Reparationszahlungen allein bis zur Mitte nächsten Jahres etwa 1 1/2 Milliarden Gold notwendig sind, schrumpft das ursprüngliche Angebot der Industrie erheblich zusammen. Tatsächlich war der Betrag, mit dem man innerhalb der Unternehmerverbände in den ersten Vorschlägen gerechnet hat, erheblich höher. Es muß nun bestrebt werden, wenn in so kurzer Zeit die „Hilfsleistung“ derartig zurückgeschraubt wird. Neuerdings wird betont, daß es noch keineswegs feststehe, wieviel Goldmark dem Reich durch die Hilfsaktion der Industrie verschafft werden könnten. Man wird sich also auch darauf gefaßt machen müssen, daß vielleicht die endgültigen Vorschläge noch unter den letzten bleiben werden.

Der Vorschlag der Unternehmerverbände wäre nicht von solcher Bedeutung, hätten nicht die beteiligten Kreise daran weitgehende politische Forderungen geknüpft. Der Reichsverband der deutschen Industrie verlangt eine Erweiterung der jetzigen Regierungskoalition nach rechts; ferner fordert man Rücksichtnahme bei den Steuern auf Industrie, Handel und Landwirtschaft, und schließlich trat schon bei den ersten Verhandlungen deutlich die Absicht hervor, die Sozialdemokratie von ihrer Forderung auf Erfassung der Goldwerte durch die Beteiligung des Reiches am Produktionskapital abzurufen.

Wenn man viel verlangt, so muß man auch viel bieten. Bis jetzt bleibt von dem ganzen Angebot nichts als eine ansich erfreuliche Rundgebung der Unternehmerverbände, durch die unmittelbare leichweise Beschaffung von Goldwerten die Erfüllung des Reparationsabkommens zu erleichtern. Alles andere ist derart unklar, daß keine verantwortliche

Partei es übernehmen könnte, auf Grund solcher Zusagen politische Zugeständnisse zu machen. Wenn die Erfassung der Goldwerte, so wie wir sie verlangen, nichts anderes für sich hätte, als daß sie sich zu einigermaßen greifbaren Plänen verdichtet hat, so dürfte sie schon deshalb nicht ausgegeben werden zugunsten von freiwilligen Angeboten, die innerhalb eines Tages auf die Hälfte und weniger zurückgehen. Aber noch mehr. In dem Vorschlag der Devisenaufbringung sind viele Fragen vorläufig noch offen gelassen. Hierzu gehört vor allem die Frage, wie die vom Reich genommene Goldanleihe durch Steuern gedeckt werden soll. Die bisherigen Beratungen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats haben gezeigt, daß eine weitergehende Belastung des Bestes auf der Unternehmerseite entschieden abgelehnt wird. Daß die Verbrauchssteuern aber nicht mehr erhöht werden können, haben wir wiederholt dargetan. Wie man sich die Lösung denkt, weiß kein Mensch, nur wie man sie sich nicht denkt.

Schon diese Unklarheiten zwingen dazu, dem Angebot der Unternehmerverbände mit Vorbehalt entgegenzutreten. Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn die Industrie, der Handel und die Landwirtschaft ernsthaft den Versuch machen würden, ihre staatsbürgerliche Pflicht durch ein großzügiges, freiwilliges Entgegenkommen abzulösen. Großzügig war bisher die pompöse Antindignation der Hilfsaktion; darüber hinaus ist öffentlich noch nicht einmal einwandfrei bekannt, ob man nicht, wie bei allen bisherigen Besteuervorläufen, hinter dem Entgegenkommen der beteiligten Kreise ein gutes politisches und — finanzielles Geschäft vermuten muß. Die Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, von ihrer grundsätzlichen Forderung auf Erfassung der Goldwerte auch nur um Haaresbreite abzugehen, ehe die Gegenseite durch eindeutige Fassung ihrer Vorschläge Auskunft darüber gibt, ob es sich hier um eine Hilfe für die Republik oder um einen der patriotisch aufgemaßten Bluffs handelt, wie sie uns seit dem Kriege nur allzu gewöhnlich geworden sind.

Der Reparationsausschuß des Vorl. Reichswirtschaftsrates trat alsdann in die Beratungen über die Entschlebung Wiffell (Heranziehung der Sachwerte für die Reparation) ein. Da über die von den Vertretern der Industrie vorgeschlagenen Maßnahmen zur Beschaffung von Goldwerten grundsätzlich Übereinstimmung herrschte, wurde eine Arbeitskommission beauftragt, die Einzelheiten auszuarbeiten.

mit Deutschland, sondern auch des linken Rheinufers im Verfolge mit Belgien empfindlich stören.

Ein Erfolg der CGT.

Paris, 16. September. (WTB.) Ueber den Empfang einer Arbeiterordnung aus dem Streikgebiet von Roubaix durch Briand heute nachmittag erklärte Jouhaux, der Arbeiterordnung sei vom Ministerpräsidenten auseinandergesetzt worden, daß der heute abgehaltene Ministerrat ihn einstimmig beauftragt habe, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln das Notwendige zu tun, um eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Der Ministerpräsident erklärte, daß er diesen Entschluß des Ministerrates im Sinne einer offiziellen Ladung des Arbeitgeberverbandes ausgelegt habe, der am Montag nachmittag zu einer Begegnung mit der Arbeiterordnung in seinem Kabinett werde erwartet werden.

Ein französischer Ministerrat fand gestern unter dem Vorsitz von Millerand statt. Zunächst sprach Briand über die auswärtige Politik. Darauf beschloß sich der Ministerrat mit der Streiklage im Norden. Finanzminister Doumer berichtete über seine Besprechungen mit Sir Robert Horne in London. Es wurde beschlossen, den Senat und die Deputiertenkammer zu einer außerordentlichen Sitzung am 18. Oktober zusammenzuberufen.

Das Blutopfer.

Nach den letzten Feststellungen, die bis August 1921 getroffen wurden, beträgt der deutsche Gesamtverlust im Weltkrieg laut „Militärwochenblatt“:

1 808 345 Tote und 4 247 143 Verwundete.

In der letzteren Zahl sind alle Verwundungen, auch die mehreren derselben Person, zusammengezählt. Beide Zahlen zusammen ergeben einen Gesamtverlust von 6 055 688. Das sind nahezu 10 Proz. der deutschen Gesamtbevölkerung. Trotz dieser erschütternden Ziffern erzählen noch heute die Wandergeneräle ihren kauderwatschen Zuhörern, daß der Sieg „zum greifen nahe“ gewesen sei, wenn nicht der „Dolchstoß aus der Heimat“ das Heer gemeuchelt hätte. Warum sollen sie keinen Glauben finden, wo selbst ein Klantek-Rag 60 000 Deutsche findet, die ihm Vertrauen schenken!

Ein europäischer Skandal.

Von Richard Schwarz.

Auf der diesjährigen Tagung des Bälterbundes wurde der Versuch einer gewissen Macht, die friedliche Lösung der oberösterreichischen und der Wiener Frage durch Gewalt zu stören, ein europäischer Skandal genannt. Diesen beiden Skandalen reiht sich ein dritter europäischer Skandal an. Es ist das Verhalten Ungarns im Burgenland. Wir geben die Ausführungen unseres Korrespondenten in der Hoffnung wieder, daß sich die Mächte, die es in der Hand haben, Wandel zu schaffen, nicht mit papierenen Protesten und Resolutionen begnügen werden und verhindern, daß das Burgenland ein neues Oberösterreich und ein neues Wilna wird.

Als Friedrichs Generalfeldmarschall im Palais Benckheim den Kriegsplan entwarf, ward er sich nur allzubald darüber klar, daß der bewaffnete Widerstand gegen den Einzug Oesterreichs nur dann Erfolg haben könne, wenn die Baranya und Fünfkirchen schon vorher von den Jugoslawen geräumt ist, sonst könnte ja Jugoslawien erklären, es bleibe solange in Fünfkirchen, bis Ungarn das Burgenland räumt. Ungarns Regierungskommissar für Westungarn, Graf Sigran, erklärte in der Sitzung der Interalliierten Kommission in Dedenburg, daß das Burgenland nur dann übergeben wird, wenn die jugoslawischen Truppen gleichzeitig aus Fünfkirchen und der Baranya abziehen. Gleichzeitig wurde in den Zeitungen bekannt, daß die ungarische Regierung eine ganze Heermacht für die Baranya mobilisiert, aber die Räumung des Burgenlandes überhaupt nicht ernstlich betreibt. Dann wurden durch die weingardistischen Pressevertreter Horthys über die Baranaya schnell das Lügenmärchen aufgestellt, die jugoslawische Regierung könne mit den Kommunisten in der Baranaya nicht fertig werden, es sei also sehr wichtig, daß Ungarn möglichst bald reinen Tisch mache. Dabei wissen alle Zeitungsleser Europas, daß Jugoslawien die Kommunisten den furchtbarsten Drangsalierungen aussetzt. „Was geschah nun? Die Botenkonferenz nahm das Verlangen Jugoslawiens bezüglich des Räumungsaufschubes nicht zur Kenntnis. Ungarn siegte doppelt. Es besetzte Baranya und Fünfkirchen und blieb nun erst recht in Westungarn!“

Schon am 15. August erklärte Ungarns Ministerpräsident Graf Bethlen in Eisenstadt in Westungarn: „Wir werden gezwungen sein, bei der Wahrung unserer Interessen Bergeltungsmassregeln in Anwendung zu bringen!“ In den letzten Wochen war in vielen öffentlichen Parlaments-sitzungen, Volksversammlungen, Kirchenpredigten, Zeitungsartikeln, Parteikonferenzen in ganz Ungarn der Refrain: Wir geben das Burgenland nicht her, wir werden uns zur Wehr setzen und wenn alles in Trümmer geht!

Vor den Augen der Ententeoffiziere wurden die Zibibataillone ausgerüstet und Offiziere in den Uniformen der ungarischen Armee führten sie an, ganze Züge mit Munition und Maschinengewehren versehen rückten nach dem Burgenland ab, um mit der „Räumung“ zu beginnen.

Héjas und Osztenburg, die „besten“ Offiziere Horthys, sind die Oberkommandierenden der Banden, die das Burgenland besetzen. Beide sind vermögliche Frauen beglückten, durch die fürchterlichsten Quälereien, deren sie die Opfer der Räteregierung teilhaftig werden ließen, zu einer traurigen Weltberühmtheit gelangt. Samstag nachts besetzten sie das Gebäude der „Dedenburger Zeitung“, erklärten Redakteure, Seher und Beamte für gefangen — angeblich weil sich ein Waffenlager im Hause befände. Das Ergebnis der Hausdurchsuchung war natürlich ein negatives. Drei Redakteure flüchteten zur Interalliierten Kommission und erst auf deren Intervention zog sich die Osztenburg-Bande zurück, doch ein Teil der Polizeimannschaft blieb. Sonntag nachmittag nistete sich Héjas auf dem Dedenburger Bahnhof ein und seither ist der gesamte Zugverkehr im Burgenland unterbunden. Am Dedenburg lagert ein Ring von bewaffneten Landen Osztenburgs, die aus ortsfremden Elementen aller Teile Ungarns bestehen: in Zivil die Mannschaften, in der Uniform des ungarischen Heeres die Offiziere. Jede Bande reichlich mit Gewehren, Revolvern, Maschinengewehren versehen, und 150—200 Mann stark. Das erste Blutvergießen fand eine Station vor Dedenburg bei Agendorf statt. Die österreichische Gendarmerie wurde aus dem Hinterhalt beschossen. Getötet wurden auf beiden Seiten insgesamt 7 Personen. Bei Pintosfeld griff ein ungarisches Militärdetachement selbstmächtig ausgerüstet die österreichische Gendarmerie mit Handgranaten und Maschinengewehren an, worauf die Gendarmen sich unter Verlusten zurückziehen mußten. Die Eisenbahnschienen zwischen Agendorf—Dedenburg und auf der Aaberbahn nach Dedenburg sind ausgerissen. Ein englischer Offizier wurde durch ein Dum-Dum-Geschoss an der Hand verletzt.

Das war die Introduktion. Seither haben die Nordbuben ihrer grausigen Wildheit die Jügel schießen lassen und behandeln jene zwei Drittel des Burgenlandes, das in den Händen der Magyaren blieb, gleich einem von Feinden belagerten Land, in dem das Morden und Rauben freigegeben ist, ja auf

Neue Zusammenkunft Loucheur-Rathenau?

Paris, 16. September. (EE.) Wie der „Intransigeant“ meldet, wird Loucheur wahrscheinlich in der nächsten Woche nach Wiesbaden reisen, wo er mit Rathenau eine neue Begegnung haben wird. Vorbedingung für diese erneute Zusammenkunft ist jedoch, daß die Regierungen von Berlin und Paris sich bis dahin über die Realisierung der getroffenen Abmachungen ausgesprochen haben, was die Besprechungen erleichtern würde. Loucheur hat, wie man erfährt, einen vorläufigen Plan in bezug auf das Ausfuhrbureau, den er Rathenau vorzulegen gedenkt.

Stimmen für Aufhebung der Sanktionen.

London, 16. September. (WTB.) Die Mitteilung der deutschen Regierung, worin die alliierten Regierungen für die ersten wirtschaftlichen Folgen der Beibehaltung der Sanktionen nach dem 15. September verantwortlich gemacht werden, findet in der Abendpresse die größte Beachtung. „Westminster Gazette“ schreibt, Deutschland habe die Reparationsbedingungen angenommen und führe sie durch. Die Alliierten würden Deutschland niemals die Sanktionen für einen so geringfügigen Zweck auferlegt haben, wie er in der Mitteilung des französischen Außenministeriums auseinandergesetzt werde. Es sei notwendig, daß man in England erfahre, bis zu welchem Maß die britische Regierung auf den Beschluß der französischen Regierung, die Sanktionen beizubehalten, eingeht und wie die Verwirklichung einer einfachen Maßnahme der Gerechtigkeit Deutschland gegenüber verteidigt werden kann. Die Aufrechterhaltung der Sanktionen, nachdem Deutschland die Reparationsbedingungen angenommen hätte, hätte der deutschen Regierung ernstlichen Schaden zugefügt. Letztere hänge von der augenblicklichen deutschen Regierung die Tätigkeit Europas ab. Es sei von äußerster Wichtigkeit, daß die Sanktionen rasch beseitigt werden.

Der belgische Minister des auswärtigen Taspar, der von einer Besichtigungsgang in das besetzte deutsche Gebiet zurückgekehrt ist, erklärte, daß die Antwort der Deutschen Regierung noch unbestimmt gehalten sei; es bestehe indes kein Zweifel daran, daß eine Regelung nahe bevorstehe. Jedermann müsse wünschen, daß Maßnahmen ein Ende gesetzt werde, die das ganze Wirtschaftslieben, nicht nur des Rheinlandes in seinen Beziehungen

höheren Befehl durchgeführt wird. Die Front ist jedes deutsche Dorf! Es haben die Banditen die Gegend des Neufiedler Sees überfallen. Hunderte deutscher Bauernburgen wurden verschleppt, Häuser demoliert, Männer und Frauen mißhandelt, Weinläufer aufgeschlagen, der Wein auf die Straße gegossen, das Vieh verschleppt. Eine Massenflucht der deutschen Bevölkerung hat begonnen. Die Straßen nach Wiener-Neustadt, von Ebenfurt nach Neufeld sind mit riesigen Kolonnen der Flüchtlinge voll, die in grenzenloser Erbitterung nach Waffen verlangen, um die Räuber zu verfolgen. In vielen Ortschaften suchen die Banden auf Grund schwarzer Listen die Anschlagfreunde. Hejjas läßt in Dedenburg alle Männer bis 42 Jahren, gleichgültig ob Oesterreicher oder Ungarn, für die „nationale Verteidigung“ rekrutieren. Sektionschef Dany, der von der österreichischen Regierung designierte Chef der Verwaltung des Burgenlandes, erging mit knapper Not dem Tode.

Das ist die Lage. Das Rotenspiel Entente-Ungarn-Oesterreich ist bekannt. An Drohungen von Seiten der großen und der kleinen Entente hat es nicht gefehlt. Bald hieß es, Statten werde mit eisernem Besen aufzukehren, bald wieder, die kleine Entente werde einen militärischen Druck ausüben. Geschehen ist bisher von keiner Seite etwas. Sollten hier Eifersüchteleien der indirekt beteiligten Regierungen eine Rolle spielen? Denn an die Stichhaltigkeit des Arguments, die Säuberungsaktion im Burgenland könne einen neuen mitteleuropäischen Krieg heraufbeschwören, glaubt in Wirklichkeit kein Mensch. Die Gefahr liegt auf einer ganz anderen. Es ist die Gefahr, die auch in Oberschlesien und in Wilna zutage tritt. Es ist die Gefahr, die zu einer internationalen zu werden droht: daß es keine allgemeinen Rechtsgrundsätze mehr gibt, sondern nur noch ein Recht des Stärkeren. Das aber würde die Verewigung des Krieges in Europa bedeuten. Ein Vertreter Englands im Völkerbund wies vor einigen Tagen darauf hin, daß Mitteleuropa ein schönes Beispiel dafür sei, wie sich der Abrüstungsgedanke allmählich doch durchsetze. Es ist richtig, Deutschland, Oesterreich und ein Teil der Randstaaten haben abgerüstet, sie treiben offen und ehrlich eine Politik der friedlichen Mittel. Wie aber, wenn diese Politik — Polen und Ungarn sind warnende Beispiele dafür — dauernd von außen her durchkreuzt wird? Es wäre an der Zeit, daß der Völkerbund außer dem guten Willen der schönen Rede auch einmal rettende Taten zeigte.

Wirtschaftliche Blockade.

London, 16. September. Einer „Erhängung“ zufolge haben die Alliierten beschlossen, Ungarn zu blockieren, wenn es das Burgenland nicht sofort räumt. Wenn die Blockade erfolglos bleiben sollte, werden energische militärische Maßnahmen ergriffen werden.

Verschlechterung der Lage.

Rom, 15. September. Zur Lage zwischen Oesterreich und Ungarn teilt die „Tribuna“ mit, daß sie sich nach den in diplomatischen Kreisen vorliegenden Meldungen trotz der festen Haltung der Völkervereinigung verschlechtert habe. Man wisse noch nicht, welche Zwangsmaßnahmen die alliierten Regierungen gegen Ungarn beschließen werden. Immerhin könne gesagt werden, daß die Absicht der Entente dahin gehe, wenigstens zurzeit ein unmittelbares Eingreifen der kleinen Entente zu vermeiden, das sich zu einem wahren Kräfte in Mitteleuropa entwickeln könnte.

Wien, 16. September. (W.Z.) Das Telegr.-Korr.-Bureau teilt amlich mit: Beiderseits der Straße von Kirchschlag nach Pöchlarn, anderthalb Kilometer südöstlich der Landesgrenze, haben Banden Deckungen aus. Das gleiche geschieht in der Nähe der Ortschaft Raasdorf südlich der Grenze bei Kirchschlag. Im Rahmen von Kirchschlag ostwärts der Grenze ist lebhafter Verkehr von Banden bemerkbar. Bei Neubau an der Dornitz wurde eine österreichische Feldwache angegriffen. Die Bande wurde durch Feuer verfolgt.

Der Rednerkursus.

Von Theodor Thomas.

Der Monteur Christian Mayer kam aus einer Versammlung, wo er unter dem Eindruck eines großartigen Redners gestanden hatte. Er war wirklich neidisch auf ihn. Da fiel sein Blick auf ein Plakat, das er schon oft gelesen:

Rednerkursel

Lernst reden, fliehst, schön und frei! Lernst disputieren, Dialoge führen, Gespräche beherrschen! Bequeme Kurse in den Abendstunden.

„Donnerwetter“, sagte Christian, „eine feine Sache, das ist ja das, was man braucht. Dafür sollen einige Zehnmarkscheine nicht zuviel sein.“

Am nächsten Tage wanderte Christian in die angegebene Straße, klingelte im zweiten Stock eines Hauses. Eine griechenartige Alte öffnete.

„Ich will reden lernen, kann ich Herrn Demosthenes sprechen?“

„Der kennst du immer“, brummte sie.

Nach wenigen Sekunden trat von der anderen Seite ein dürrer Herr ein. Mayer drückte sein Anliegen vor.

„Woh, woll! Hawense schon mal öffentlich geredet?“

„So iss' gut.“ Der Herr Direktor schnalzte mit der Zunge.

„Manche meinen, se kenntens schon, se wollen nur hier e bissl Politik.“

Er setzte sich, zufriedener wie vorher. „Auf was legense denn Gewicht?“

„Am liebsten möchte ich über Politik reden lernen.“

„Aha, die große Linie. Ganz gut. Zwei von meinen Schülern sitzen schon im Reichstag, viere sin Stadtorordnete und einer sogar Rayonchef; se wär'n alle was besseres. Ich fertige och Reden an, natürlich was Gutes für besondere Zwecke.“

Rum trug der Herr Christian's Namen nebst Kosten in ein Buch ein. Die „große Linie“ sollte 60 Mark Honorar kosten, zehn Mark wurden als erste Rate angezahlt.

„Se können gleich anfangen; drüben sind schon welche, es ist och ein Stadtorordneterlanddabei. Halten se sich an den, das ist ein guter Politiker.“

Sie gingen ins „Studierzimmer“ hinüber, wo acht Leute im Kreise saßen und „Reden“ lernten. Er wurde vorgestellt mit dem Zusatz: „Nu hämm mer noch einen Politiker, meins Herrschaften.“

Die anderen benannten sich: Stadtorordneterlanddabei, Berl. Reklamechef Zickmann, Konferenzier Dörpfeiffer, Herr Diskussionsredner Buchenauer, Betriebsrat Schwabe, Abteilungsleiterin Gählin, Obertramwaykontrollleur Guckmecht und Vortragereisender Verchenbein.

Die Deuts schnitten Gefächter, als ob sie Zähne gezogen bekämen. Der Vortragereisende insbesondere verdrachte dabei die Augen wie ein Karussellkassierer. Der Diskussionsredner schien Darmverschlingung zu haben, er hielt trampfhaft die Hände über den Wangen.

Um merkwürdigsten benahm sich der Stadtorordneterlanddabei, er gab Löhne von sich, die ganz gut aus einem eingetroffenen Grammophon stammen konnten, den linken Arm schlenkerte er immer am Ohr vorbei, als ob da eine Welppe krabbelte.

Entrüstung.

Aus München wird die „einmütige Entrüstung der bürgerlichen Presse“ gemeldet. Diese Einmütigkeit ist leicht begreiflich für den, der weiß, daß die gesamte Münchener bürgerliche Presse von den rechtsstehenden Kreisen aufgekauft ist.

Besteht zur Entrüstung irgendein Grund? Man war in der Rahr-Presse schon entrüstet, als auf den Zusammenhang zwischen der Ermordung Gareis' und der Münchener politischen Atmosphäre hingewiesen wurde. Bei der Ermordung Erzbergers trumpsfte denn auch sofort die gesamte Rechtspresse mit dem Hinweis auf: daß es nicht in Bayern, sondern im demokratisch regierten Baden geschehen.

Aber prompt hat sich die Vorausage derer als wahr erwiesen, die gleich nach der Tat betonten, daß man ihren Ursprung in Rahr-Bayern entdecken werde. Die Mörder und ihre Helfershelfer entstammen samt und sonders einem jener in München ansässigen rechtsbolschewistischen Zirkel, die nur im Reich der Rahr und Boehner den Nährboden für ungehindertes Wachstum gefunden haben.

Rahr und Boehner haben bis zuletzt behauptet, sie bräuchten den Belagerungszustand — gegen links. Umfangreiche rechtsbolschewistische Verschwörungen gegen den Bestand der Republik, gegen das Leben führender Staatsmänner sind von dieser Regierung trotz der zahlreichen Möglichkeiten, die gerade der Belagerungszustand zu ihrer Unterdrückung gegeben hätte, nicht mit dem kleinen Finger angefaßt worden.

Die Polizei ermittelt die Mörder in München. Aus Fehden von Briefen, die die Täter vernichtet zu haben glauben, stellt sie ihre Namen fest. Die Mörder sind gleich nach der Tat nach München zurückgekehrt, haben sich hier tagelang ganz ungeniert aufgehalten. Genau in dem Augenblick, in dem sie verhaftet werden sollen, reisen sie plötzlich ab. Wer hat sie gewarnt, wer konnte sie allein warnen? Nur eine Stelle, die unmittelbar oder mittelbar mit der Verhaftung zu tun hatte, d. h. eine Stelle der Münchener Polizei. Aber stammende Entrüstung, wenn ein preussischer Kriminalbeamter wagt, bayerischen Boden zu betreten.

Wochenlang hat die Linkspresse auf die Kappistenzentrale hingewiesen, die in Verbindung mit der Orfa (Organisation Rangler) in Rosenheim besteht. Weder die bayerische Polizei noch die Rosenheimer Verschwörer haben sich dadurch beunruhigt gefühlt. Jetzt, wo unter äußerstem Druck ein Zwang zum Einschreiten besteht, ist nach Meldung der „Nationalzeitung“ das Nest plötzlich leer. Die Herrschaften haben ihren Sitz nach Salzburg in Deutschösterreich verlegt. Wir zweifeln nicht, daß nunmehr in Rosenheim Hausdurchsuchungen stattfinden werden.

An den Münchener Anschlagfällen werden die Widnisse der Mörder Erzbergers abgekrakt und unkenntlich gemacht. Beschädigung amtlicher Anschläge ist an sich eine strafbare Handlung, in diesem Falle liegt außerdem strafbare Begünstigung staatsverfehlter Mörder vor. Die Münchener Polizei entdeckt keinen Täter.

Entrüstung — Entrüstung — Entrüstung. Auf wessen Seite ist hier eigentlich das Recht, sich zu entrüsten?!

Auch Herr Wulle hat seinen Grund zur Entrüstung. In Berlin ist ein Kapitänleutnant a. D. v. Werner unter dem Verdacht, mit der Mordtat Erzberger in Verbindung zu stehen, zum polizeilichen Verhör vorgeladet worden. Umfangreiches Material wurde bei ihm beschlagnahmt. Wie weit der Verdacht gegen Herrn v. Werner gerechtfertigt ist, darüber weiß Herr Wulle nichts. Aber daß man es wagt, bei einem ehemaligen Offizier Hausdurchsuchung zu veranstalten, empfindet er als unerhörte Dreistigkeit. Man brauche nur Offizier zu sein, um der Polizei auf die Ketten zu fallen, — meint Herr Wulle. Daß alle ermittelten Täter und Mitäter ehemalige Offiziere sind, geht Herrn Wulle nichts an.

Alle nahmen Platz; der Lehrer setzte seinen theoretischen Unterricht fort.

„Wenn die Herrschaften nun soweit sinn, daß ein schöner Vortrag aufgelegt ist, dann lernen sie ihn am besten auswendig, damit Sie frei reden, det macht immer Eindruck.“

Alles notierte fleißig mit. „Wie muß also ein Vortrag sein? Ein schöner Anfang und ein hinreichender Schluß ist unentbehrlich. Mit ne schöne Einleitung hamme gleich de Zuhörer und der Schluß ist von wegen dem Abgang. Dies ist von entscheidener Bedeutung.“

Herr Buchenauer, von Beruf Diskussionsredner, meldet sich: „Wie baut man nu eine Diskussionsrede auf?“

„Da ist wichtig, dat se vor allen Papier und Bleistift mithamm. Se müssen darüber am besten schon zu Hause was aufschreiben.“

Wenn der Redner sich drus einget, dann sagense: se hamm das vermisst, das macht kolossalen Eindruck. Nun reden Sie darüber. Det ist dankbar und verblüfft.“

Herr Buchenauers Augen glänzten.

Rayer fragte: „Woher nimmt man aber das, was man zu Hause vorher aufschreibt?“

„Da hamme det Verflon oder de andern Büchers. Am besten Zeitungsauschnitte; alles Gedruckte ist nützlich.“

„Gibt das nicht bloß Papageien? Man soll doch eigenes Wissen haben?“ fragte der Monteur.

„Darum merkt man, dat se die ersten zwei Stunden nicht derbei waren. Se müssen erst noch lernen.“

Rayer gab nicht nach: „Kann man einfach über alles reden?“

„Ja und nein, et gibt keine Grenze, wenn einen de Beharrlichkeit nicht aufgibt.“

Die andern schwiegen, Christian hatte nichts mehr zu sagen, er dachte nur: „das nennt der reden lernen.“

„Eine Diskussionsrede“, fuhr der Lehrer fort, „muß immer kritisch sein, sonst is se von vornherein Eisse.“

„Nu woll'n wir hierbei och was über die Politik reden. Wie ich schon sagte, das ist det leichteste.“

Der Stadtorordneterlanddabei Beri rutschte auf seinem Sessel hin und her, jetzt kam seine Stunde.

„Das Leichteste“, wiederholte der Herr Redeprofessor, „weil se allens hineinbringen können. Eine Sache, wo se sich vorknappen, die ochsen se mit packenden Worten ordentlich ein. Zum Beispiel: „die indirekten Steuern“; zum weiteren Beispiel: „die Akrarfrage“.

„Zum endlichen: „der färseller Friedensvertrag“. Wo über ein politischen Vortrag geredet wird, da kennse durch einen gerissenen Schwung die Fägel in die Hände kriegen. Det ist die feinste Politik: Immer de Diskussion uff det Weis schieben, wo man wat davon versteht.“

Christian Rayer schüttelte mit dem Kopf. Der Lehrer sah ihn streng an: „Menense anders?“

„An meine gar nichts. Jetzt weiß ich, woher oft so ein Schlagwörterentel kommt, der die Versammlungen unsicher macht.“

Alle sahen ihn blöde an.

„Also das ist „Reden“ lernen, fliehst, schön und frei? Das ist hanebüchener Unsinn und schade für jeden Pfennig.“ schimpfte Rayer.

Während nahm er Hut und Stod und ging. So läuft er heute noch als schlechter Redner umher.

Wir glauben ihm gern seine Empörung darüber, daß man gewagt hat, die Mörder Erzbergers in Offizierskreisen zu suchen. Koch Herrn Wulle hätte man wohl die Nachsicht auf die Arbeiterkassier erstrecken lassen, selbst auf die Gefahr hin, die Mörder niemals zu entdecken.

„Als solcher“.

Die rechtsstehende Presse muß zugeben, daß sämtliche Verhafteten in der Erzberger-Mordangelegenheit, bisher 12, der Münchener Ortsgruppe des Deutschbolschewischen Trug- und Schutzbundes angehören. Aber sie bezieht sich hinzuzufügen, daß der Schutzbund „als solcher“ an der Sache gänzlich unbeteiligt sei. So, sie bezeichnet es als „lächerlich“, von einer Verschärfung zu reden.

Wenn nächstens bei 12 Dynamitbatterietälern die Mitgliedskarte der K.A.P.D. gefunden wird, so wird sich voraussichtlich die Rechtspresse mit gleicher Entschiedenheit für die Unschuld der K.A.P.D. „als solcher“ einsetzen.

Ehrhardt bei Boehner.

Im Ständigen Ausschuss des bayerischen Landtages hat jetzt der Staatssekretär Schwenner im Auftrage der Regierung eine Erklärung zu dem vom Reichstagsauschuss verlesenen Bericht des Staatskommissars Weismann abgegeben. Wie zu erwarten war, entrüstet sich die Rahr-Regierung erheblich darüber, daß Weismann preussische Kriminalbeamte — man denke! — nach Bayern geschickt habe und daß der Reichskanzler den Bericht Weismanns öffentlich verlesen habe, ohne die bayerische Regierung vorher zu informieren.

Diese Entrüstung ist billig wie Brombeeren. Sie kann deshalb beiseite bleiben. Wichtiger ist, was Schwenner sachlich zu sagen hat. Und das ist interessant genug.

In sachlicher Beziehung erklärte der Redner, daß die gegen den Justizminister Dr. Koch erhobenen Beschuldigungen glatt erlunden seien. Was den angeblichen Verkehr des Münchener Polizeipräsidenten mit Kapitän Ehrhardt betreffe, so stehe fest, daß Ehrhardt wiederholt nach Auflösung der Brigade im Münchener Polizeipräsidentium und an anderen bayerischen Stellen vorstellig wurde wegen Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten für seine Leute. Zur gleichen Zeit sei er aber auch im Reichswehrministerium unbeanstandet aus- und eingegangen. Damals sei aber noch in keiner Weise bekannt gewesen, daß ein Haftbefehl gegen Ehrhardt vorliege. Nach Erlass des Haftbefehls neuerdings im März und August dieses Jahres sei an alle bayerischen Polizeibehörden und Bezirksamter der Austrag ergangen, zur Festnahme der sich angeblich in Bayern aufhaltenden Kappführer Ehrhardt, Bauer und Babst zu schreiten. Wenn die Ausführung des Haftbefehls bisher nicht habe vollzogen werden können, so liege ein Verschulden einer Behörde nicht vor, und mit einem Vorwurf gegen die Behörde allein sei es nicht getan. Es mühten greifbare Beweise und Unterlagen erbracht werden, u. a. auch für die Behauptung, daß Kapitän Ehrhardt in der Münchener Polizeidirektion noch jetzt aus- und eingehe. Seit dem Bekanntwerden des Haftbefehls sei der Polizeipräsident nicht mehr in Berührung mit Kapitän Ehrhardt gekommen. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der preussische Staatskommissar Weismann in seinem Bericht höchst leichtfertig vorgegangen sei, und es sei bedauerlich, daß der Reichskanzler ohne weiteres sich diesen Bericht zu eigen machte, ohne sich vorher zu vergewissern.

Zu dem Vorwurf der Leichtfertigkeit wird sich der Staatskommissar Weismann zu äußern haben. Es genügt für ihn nicht, daß er, wie ein deutschnationales Abendblatt berichtet, über die Verlesung seines angeblich „vertraulichen“ Berichts durch den Reichskanzler „aufs äußerste empört“ sei. Er muß jetzt durchgreifend klarstellen, was er von der Verschwörerzentrale in Bayern wirklich weiß. Denn schließlich hat er doch dem Reichskanzler nicht einen Bericht von solcher Bedeutung in einem kritischen Augenblick vorgelegt, lediglich um seiner Tätigkeit eine Glorifone zu winden. Daß dieser Bericht verwertet werden mußte und wurde, war doch klar. Also mit der „äußersten Empörung“ ist es nichts. Vielmehr heißt es jetzt: entweder das Wespennest ganz aufheben oder, wenn Weismann wirklich so leichtfertig vorgegangen wäre, wie

Ein neuer Vorschlag für die Arbeiterwohnung. Die Geschichte der Wohnformen ist aufs engste verknüpft mit der Familie und der Familienverfassung. Die Familie als Hausgemeinschaft verkörpert die Idee des Hauses, und zwar in seiner Gesamtheit als sozialer, wirtschaftlicher und baulicher Organismus. Das Absterben der alten Hausgemeinschaft, die sich in ihren ehemaligen patriarchalischen Formen heute wohl nur noch auf dem Lande (und auch hier nirgends mehr ganz rein) erhalten hat, muß daher auch zu einer Neubildung der Wohnformen führen. Für den Industriearbeiter liegt der Schwerpunkt der Lebensinteressen weniger in der Familie, sondern vielmehr im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der Partei. Diese dem Arbeiter eigene Lebensform wird auch in der Gestaltung seiner Wohnung den ihr angepaßten Ausdruck finden müssen. Das Kleinhaus mit der nie fehlenden „guten Stube“ erfüllt diese Forderung nicht; es bietet ihm keine Gelegenheit für die Betätigung seiner Bestrebungen.

Statt dessen macht Dr. Ing. R. Ehrenberg in der Zeitschrift „Die Volkswohnung“, deren neuestes Heft dem Problem der Bergmannswohnungen gewidmet ist, folgenden Vorschlag: Man lege die Wohnstuben von zwei Duzend Arbeiterfamilien zusammen. Dann kann man dem Arbeiter die Räume schaffen, die er für seine Bestrebungen braucht: Bücherei, Les- und Schreibzimmer sowie einen größeren Raum für Zusammenkünfte, Ausproben und andere gemeinsame Veranstaltungen. Es soll eine Vereinigung von Einzelzimmern und gemeinsamen Räumen entstehen, ähnlich wie im mittelalterlichen Kloster, nur daß nicht eine Reihe von Einzelzimmern angelegt wird, sondern eine Folge von kleinen selbständigen Wohnungen. Die Räume in diesen Wohnungen sollen in erster Linie zum Schlofen dienen, aber groß genug sein, daß man darin auch einmal lesen oder schreiben kann; statt einer Wohnstube gewissermaßen eine Wohngelegenheit, statt der Küche nur eine gemeinsame Kochgelegenheit (Einküchenwirtschaft). Erhalten werden soll also die Abgeschlossenheit der Wohnung, das Gefühl, allein sein zu können. Außer einem Wirtschaftsraum soll jede Wohnung zwei Stuben erhalten. Zu den Zweizimmerwohnungen, die das Erdgeschoß einnehmen, treten im Obergeschoß Einzelzimmer für Unverheiratete, etwa derart, daß ein Flügel für Männer, ein zweiter für Frauen bestimmt ist, während der Mittelbau die gemeinsamen Räume enthält. In diesen Gemeinschaftshäusern, so hofft der Verfasser, wird eine Generation heranwachsen, der das Zusammenleben von Jugend an zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Sie wird die Gemeinschaft der Klasse viel tiefer empfinden und damit den Boden bereiten helfen, auf dem eine reine Lebenskultur entstehen kann.

Sablonkühnweilchen ist die neueste Erfindung auf dem Gebiete der Hörkemer. In der Besprechung des „Amimien Theaters“ sollten die damit charakterisierten Darsteller nur als „amüsante Schweinchen“ notiert werden.

Das Thalia-Theater veranstaltet in dieser Saison an den Samstagsnachtsmitten einen Zirkus von Märchen-Vorstellungen; am kommenden Sonntag wird zum ersten Male „Dumpebüchchen“ aufgeführt.

Bayerischer Weise in Wien. Auf der Wiener Papiermesse, wo der Berliner Malit-Verlag die Leistungen des Schriftlers G. Groß ausgestellt hatte, verlangten bayerische Verleger die Entfernung dieser „unhohen“ Publikationen. Es bedurfte erst des Eingreifens der Messeleitung und der Presse, um dem Berliner Verlag das Ausstellungsrecht zu sichern. Die „bayerische Eigenart“ läßt sich also schon ersichtlich.

Groß-Berliner Finanzen.

Einige Wahrheiten an die Adresse der Heuchler.

Eines der bestechendsten Argumente, deren sich unsere Gegner bedienen, ist die fortgesetzte Behauptung, die sozialistische „Mißwirtschaft“ habe die Finanzen der Stadtgemeinde in völlige Unordnung gebracht, so daß Berlin nicht mehr allzulebte von dem völligen Zusammenbruch entfernt sei. Daß das eine grobe Unwahrheit ist, wissen die Rechtskonservativen selbst, aber sie scheuen vor keiner noch so törichten und noch so gemeinen Verleumdung zurück, wenn es gilt, die ihnen verhasste und unbecommene Sozialdemokratie zu bekämpfen. Daß sie dadurch gleichzeitig den Kredit Berlins untergraben und mit der Reichshauptstadt das gesamte Vaterland aufs schwerste schädigen, das läßt diese Gesellschaft völlig kalt. Was gilt ihnen das Ansehen der Republik? Die Verwirrung zu vergrößern, das deutsche Volk aufzuheben gegen diejenigen, die in emsiger Arbeit bemüht sind, das Niedergedrückte wieder aufzubauen, ist ihr einziges Ziel, und diesem Ziele steuern sie strupellos zu.

Gewiß, die Finanzlage Berlins ist kein rosiges, aber sie ist nicht schlechter als die der meisten anderen deutschen Gemeinden, und vor allem ist das heutige Geld nicht auf die Sozialdemokratie, sondern auf den Krieg und seine Folgeerscheinungen zurückzuführen. Daß Berlin trotz alledem durchaus kreditfähig ist, beweist die Tatsache, daß einer Gesamtschuldenslast von 4,1 Milliarden Mark am 1. April dieses Jahres, die sich nebenbei bemerkt seit dem 1. Oktober 1920, dem Tage, wo die neue Stadtgemeinde ins Leben getreten ist, noch um 216 Millionen Mark verringert hat, Vermögenswerte von fast 5 Milliarden Mark gegenübersteht. Mit anderen Worten: Der Vermögensüberschuß der Stadt beträgt annähernd eine Milliarde Mark. In Wirklichkeit ist der Ueberschuß aber weit höher, denn die Schulden sind in Papiermark zu zahlen, während die Vermögenswerte zum größeren Teil noch mit den Kriegswerten, also nach Goldmark, eingestuft sind.

Der Raie kann sich nun schwer eine Vorstellung von dem unheimlichen Einfluß des Krieges auf die städtischen Finanzen machen. Wer aber mitten im kommunalpolitischen Leben steht, der weiß, welche gewaltigen Ausgaben der Krieg von Anfang an den Gemeinden auferlegt hat. Ein Bild davon gewinnt man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Kriegsausgaben allein des ergeren Berlin einschließlich der Lebensmittelerhöhungen bis Ende 1919 rund 3470 Millionen Mark betragen, denen nur etwa 2804 Millionen Mark an Einnahmen gegenüberstanden. Bleibt man von der nicht gedeckten Summe von 666 Millionen Mark die Beihilfen des Reichs und des Staats für Ausgaben für die Kriegswohlfahrtspflege ab, so bleibt immer noch ein Defizit von 456 Millionen Mark, für das eine Deckung durch erhöhte Einnahmen nicht vorhanden ist.

Wofür sind nun diese Summen verausgabt? In erster Linie für Familienunterstützungen für Angehörige der Kriegsteilnehmer, weiter für Mietunterstützungen, für Verzinsung der Kriegsschulden, für Kriegszulagen für die Beamten und Angestellten der Stadt, für Erwerbslosenfürsorge, für Volksspeisung, für Kriegswohlfahrtspflege, Lebensmittelerversorgung und ähnliche Zwecke, die samt und sonders durch den Krieg bedingt waren. Bedarf es angefaßt dieser Zahlen wirklich noch eines besonderen Beweises für die Richtigkeit unserer Behauptung, daß einzig und allein der Krieg die Finanzen Berlins ebenso wie die der übrigen Gemeinden in Unordnung gebracht hat? Und ist es nicht mehr als Heuchelei, wenn dieselben Kreise, die die Schuld an dem Verbrechen des Krieges tragen, die Sozialdemokratie für die von ihnen selbst begangenen Sünden verantwortlich zu machen suchen?

Wenn gegen die städtische Verwaltung ein Vorwurf zu erheben ist, so ist es der, daß sie sich während des Krieges darauf beschränkt

hat, lediglich die Zinsen der Kriegsschuld durch Kriegsteuern oder durch andere besondere Einnahmen zu decken, anstatt durch ein großzügiges Finanzprogramm der drohenden Belastung der Zukunft vorzubeugen. Aber dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen den sozialistischen, sondern gegen den früheren bürgerlichen Magistrat und die frühere bürgerliche Mehrheit der Stadterordnetenversammlung. Wäre man den Anregungen der Sozialdemokraten gefolgt, so würde es um die Finanzen Berlins weit besser bestellt sein. Aber leider zeigte die bürgerliche Verwaltung für weitwäsende Finanzpläne nicht das nötige Verständnis, sie befolgte die gleiche Praxis wie die Reichsregierung, und überließ das weitere getrost der Zukunft.

So kam es denn, wie es kommen mußte. Die Schulden wuchsen während des Krieges von Jahr zu Jahr an. Berlin hatte am 31. März 1918, also zu einer Zeit, wo noch das Dreiklassenwahlrecht der Bourgeoisie die große Mehrheit gesichert hatte, eine schwebende Schuld von 240 446 000 M., in Charlottenburg betrug die schwebende Schuld 88 067 000 M., in Spandau 67 982 000 M., in Schöneberg 154 756 000 M., in Neutölln 198 061 000 M. Die 21 größten der jetzt zusammengeschlossenen Gemeinden verfügten am 31. März 1918 über Aktiva in Höhe von zusammen 2 938 070 000 M., denen Passiva von 2 143 740 000 M. gegenüberstanden, so daß sich ein Ueberschuß der Aktiva über die Passiva von 794 338 000 M. ergab.

Neue, gewaltige Anforderungen stellte die Nachkriegszeit an die Verwaltung. Die ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise und aller Gebrauchsgegenstände bedingte fortgesetzte Erhöhungen der Gehälter der Beamten und der Löhne der Arbeiter, an sich erhebliche Kräfte konnten aus sozialpolitischen Erwägungen nicht entlassen werden, die zunehmende Erwerbslosigkeit zwang zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, die Kosten für die Verpflegung in Krankenhäusern und anderen Anstalten überwogen die Einnahmen um das Vielfache, die Werte warfen hauptsächlich infolge der gestiegenen Preise für Rohmaterialien nicht nur keine Ueberschüsse mehr ab, sondern sie erforderten teilweise beträchtliche Zuschüsse. Kurz und gut, wohin wir blicken eine Steigerung der Ausgaben, die durch gesteigerte Einnahmen auch nicht entfernt ausgeglichen werden konnten.

In dieser Situation trat die neue, in ihrer Mehrheit sozialistische Verwaltung ihr Amt an. Es war keine angenehme Erbschaft, die sie übernahm, und wenn sich die Sozialdemokratie das Leben hätte bequem machen wollen, so hätte sie die Erbschaft einfach ausgeschlagen und es ihren Gegnern überlassen können, Ordnung in die Finanzen zu bringen. Daß sie das nicht getan, sondern in treuer Erfüllung des ihr von der Groß-Berliner Bürgerschaft gewordenen Auftrages selbst Hand ans Werk gelegt und unter Zurückstellung mancher ihr lieb gewordenen und früher von ihr propagierten Forderungen die Ausgaben mit den Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen gesucht hat, das sollten auch diejenigen ihrer Gegner anerkennen, die mit den sozialistischen Maßnahmen im einzelnen nicht einverstanden sind. Auch einer bürgerlichen Mehrheit wäre es nicht gelungen, mit einem Schläge das Defizit zu beseitigen, es sei denn, daß sie alle Ausgaben für kulturelle Zwecke gestrichen und alle noch so berechtigten Forderungen der Angestellten, Beamten und Arbeiter abgelehnt hätte.

Den Beweis, daß Berlin unter sozialistischer Herrschaft die Gelder der Steuerzahler verschwendet hat, wird niemand erbringen können. Es sind diejenigen Ausgaben geleistet worden, die unbedingt geleistet werden mußten, und es herrschte das redliche, leider nur allzu oft von bürgerlicher Seite durchkreuzte Bestreben vor, neue Einnahmequellen zu erschließen, um unter Schonung der minderbemittelten Kreise Deckung für die notwendigen Ausgaben zu finden. Paul Hirsch.

Eisenbahnbeschwerden.

Eisenbahnwachbeamte schließen auf Fahrgäste?

Ueber einen Vorfall, der gründlichster Untersuchung bedarf, wird uns aus Bielefeld folgendes mitgeteilt:

Als der Vorortzug nach Strausberg am Mittwoch, den 14. d. M., abends 6 Uhr 15 Min., einige hundert Meter vor seinem Endziel auf freier Strecke hielt, benutzten einige Insassen des Zuges die Gelegenheit, auszustiegen und über das Nebengleis hinweg die Straße nach Eggersdorf zu erreichen. Dabei wurden sie aber von einer bereitstehenden Wache überrascht und nach Abnahme ihrer Fahrkarte zum Bahnhof Strausberg geführt. Einige der Herren hatten sich durch Weglaufen der Festnahme zu entziehen versucht, was einen der Wacht habenden zur Abgabe zweier Schüsse aufeinander folgenden Schüsse veranlaßte. — Unter den Insassen des Zuges löste dieser Vorgang eine starke Erregung aus und es muß auf das allerhöchste beteuert werden, wenn Uebertreter der bahnpolizeilichen Vorschriften wie schwere Verbrecher verfolgt werden, zumal die Hauptschuld an dem ganzen Vorgang die Bahnbehörde selbst mit ihren unzureichenden Anlagen trägt. Der Bahnhof Strausberg hat nur einen Bahnsteig, von dem Aussteigenden muß immer ein Gleis überquert werden, auf welchem der gesamte Verkehr nach Berlin mit Schnell-, Personen-, Güter- und Vorortzügen bewerkstelligt wird. So müssen die Züge vor dem Bahnhof erst längere Zeit warten; das benimmt trotz der bestehenden großen Gefahr oftmals die Fahrgäste, auszustiegen, um schneller nach Haus zu kommen. Es handelt sich meist um Kolonisten, welche in Berlin erwerbstätig sind und denen jede gewonnene Minute, welche sie sich noch auf ihrem Grundstück betätigen können, nur zu erwünscht ist. Außerdem ist gerade der Zug, bei welchem die „Nazja“ abgeholt wurde, täglich so überfüllt, daß die Fahrgäste froh sind, wenn sie demselben enttrinnen können. Der Schreiber erwähnt dann noch, daß außer den „Hauptbeamten“ auf der Strecke auch auf dem Bahnhof selbst noch eine Anzahl Kontrollbeamte der Direktion sichtbar waren, während am Ausgang für das Publikum nur ein Knipser stand, so daß dort die übliche Drängelerei und Anstauung eintrat.

Die sonderbare Schießerei bedarf dringend der Aufklärung. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß der Beamte, der die Schüsse abgegeben hat, zu einem solchen scharfen Vorgehen keine Berechtigung hat, denn das Publikum, selbst wenn es sich eine Uebertretung zuschulden kommen läßt, ist kein jagbares Wild.

Die Straße Berlin—Erfner ohne Spätzug.

Aus den Kreisen der Ostwirtsangestellten, Kellner, Köche und der Musiker wird in Zuschriften an uns darüber lebhaft Klage geführt, daß die Strecke Berlin—Erfner keinen ausreichenden Spätzug habe. Der letzte Zug geht ab Friedrichstraße 12.23. Da um 1 Uhr die Lokale geschlossen werden, können die Angestellten natürlich nicht mehr zu ihren Wohnstätten zurückkehren und müssen bis zum ersten Zug ab Schlesischen Bahnhof 4.15 Uhr früh während der Nacht in Berlin bleiben. Daß es nicht zu den Annehmlichkeiten gehört, müde und abgepannt von der Arbeit 4 Stunden Nacht für Nacht im Wartesaal zu verbringen, ist wohl verständlich.

Die Eisenbahndirektion sollte diesen sehr berechtigten Wünschen schleunigst Rechnung tragen, um so eher, als sie nicht verzögert hat, dahingehende Wünsche der im Westen wohnenden Bevölkerung sehr schnell zu befriedigen. Zum Beispiel geht der letzte Zug über die Wannesebahn nach Wannsee nachts 1 Uhr 10 Min. vom Wannesebahnhof ab.

Die krachenden Weitzkonzerne.

Mit jedem Tage häuft sich jetzt die Zahl der zusammengebrochenen Weitzkonzerne und mit ihnen die Masse der in fast unerklärlicher Vertrauenslosigkeit um ihre Erspornisse betrogenen Einzahler. So hat gestern die „Sportbank“ Willy Lampe u. Co., die am 20. September mit der erstmaligen Auszahlung der versprochenen Dividende von 100 Prozent beginnen sollte, ihre Zahlungen eingestellt. Der größte Teil der Einzahlungen, die innerhalb weniger Wochen annähernd 2 Millionen betragen haben, ist verloren. In der Zentrale Knebebedstraße 29, die polizeilich versiegelt worden ist, spielen sich erregte Szenen der bitter enttäuschten Einzahler ab. In dem bereits anhängigen Strafverfahren macht der Verteidiger Dr. Kurt Fronthelm geltend, daß ein strafbarer Betrug deshalb nicht in Frage komme, weil von dem Angeklagten nicht falsche Tatsachen, die nur in der Vergangenheit oder Gegenwart hätten liegen können, vorgezeigt worden seien, sondern nur auf Grund seiner mangelnden Urteilsfähigkeit

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Copyright, 1921, by J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf., Stuttgart u. Berlin
Drinnen in der guten Stube stand Doktor Henning einsam an dem grünen Flüßchessel.

Einmal hatte er den Versuch gemacht, sich zu setzen. Dann war er aber, wie auf etwas Verbotenem ertappt, emporgesprungen.

Auf dem Rußbaum-Vertikow stand ein Fächer mit Photographien. Borne war Theas Bild.

Henning nahm das Bild vorsichtig heraus. Ein klein bißchen Staub wirbelte aus den Falten des Fächers.

Thea sah in einem Sessel, die Beine übereinandergeschlagen, ein Buch im Schoß, die Augen lachend auf den Beschauer gerichtet.

Henning's rosiges, gutes Jugendgesicht errötete tief. Wie fein war die Linie der Nase und wie voll war ihr Haar und wie... schön... war... der Mund...

„Ich will dich immer lieb haben,“ sagte er leise. „Immer.“ Schnell stellte er das Bild zurück, als sich Schritte näherten.

Julius Görke trat ein. Etwas zerstreut bot er ihm die Hand. Die Linke hielt einen Notizblock. Julius Görke war in Gedanken noch bei den Familientafeln des Stammbaums.

„Wie heißt Ihr Vater?“

„Rudolf Alexander Henning.“

Görke notierte. Henning's Gesicht trug den Stempel aufrichtiger Verwunderung.

„Was ist er?“

„Tot.“

„Also: was war er?“

Henning wurde sichtlich verlegen. „Katasterassistent,“ sagte er leise und setzte dann schnell, da er Besremden zu bemerken glaubte, hinzu: „Er stand dicht vor der Beförderung zum Katastersekretär, als er starb.“ Es klang wie eine Ehrenrettung des Verstorbenen.

„Und Ihre Mutter war was für eine Geborene?“

Henning schwigte Angst. In aller Verwirrung kam er nicht darauf.

Frau Görke trat herein und erlöste ihn.

Als Fräulein an der Beutlergasse anlangte, strömten die Kirchgänger aus der Oberpfarrkirche zu Sankt Marien.

Fräulein grüßte nach allen Seiten. Görkes hatten so viele Bekannte.

In starkem, ununterbrochenem Strom quoll es aus dem schmalen gotischen Seitenportal der Kirche auf die Straße. Die letzten Klänge der Orgel fluteten heraus, die drinnen die mächtigen Hallen mit ihrem Schall füllte. Ein Stückchen Heiligkeit und Frömmigkeit zitterte so noch über die Straße, in der sich mit eiliger Geschäftigkeit die Läden geöffnet hatten.

Thea kam mit Gerda Arm in Arm.

„Wollen wir auf den Langen Markt zur Musikantarmist? Oder zu Tante Jahn?“

„Beides,“ entschied Gerda.

„Du bist ein geniales Hundchen. Komm!“ Und beide schwenkten in großem Bogen über die Straße zu dem alten, hohen, schmalen Haus, in dem sich zu ebener Erde die Konditorei befand. Um sie herum schwirrten die abgerissenen Worte der Unterhaltungen: „Hast du den kleinen Referendar gesehen? Er ist wieder im Affessor durchgefallen... Ach du liebe Güte, bei dem Tag in einer Boa... Schön hat er wieder gesprochen, der Pastor... Zieht es an Ihrem Blah auch so? Ich mieste mir nächstens einen anderen... Und die Orgel, ich bitte Sie, die Orgel, ist sie nicht eigentlich das Schönste am Gottesdienst?... Nun muß ich aber fort. Meiner Anna kann ich fast gar nichts anvertrauen... Und ich meine doch, daß der Konfistorialrat besser spricht...“

Fräulein hatte Thea entdeckt, gerade beim Eingang in die Konditorei. Sie erzählte von dem Besuch, der sie zu Hause erwartete.

„Au fein,“ sagte Gerda, „da gibt es bald eine Verlobung! Aber können Sie nicht sagen, Sie hätten uns nicht getroffen? Er kann doch warten!“

„Nein,“ entschied Thea nach kurzem Nachdenken. „Da hilft alles nichts. Mama weint sonst. Und Papa ist ja auch zu Hause. Adieu.“

„Adieu, Kleines. Und ich komme nachmittags und frage nach. Ich bin riesig gespannt.“

Als sie durch das Grüne Tor auf die Langebrücke einbogen, sagte Thea: „Wissen Sie, wie die Schüler den Henning immer nennen? Das Margipanschwein. Da werde ich also —“

Fräulein blieb stehen.

„Ja, aber Fräulein Thea, wenn Sie so von ihm denken, — nehmen Sie ihn doch nicht!“

„Das wird nicht allein von mir abhängen, fürchte ich.“

„Von wem denn sonst?“

„Sie kennen Papa und die Familie noch immer nicht.“ Eine Weile gingen sie schweigend nebeneinander her.

Pföblich, kurz vor dem Hause Görke, sagte Thea: „Wollen Sie ihn nicht lieber nehmen, Fräulein?“

Und sie lachte über Fräuleins verdutztes Gesicht so hell, daß sich die Spaziergänger umdrehten.

Die glückliche Braut.

Fräulein ging zu den Verwandten ringsum in der Stadt. Julius Görke hielt darauf, daß die Familie sprach, bevor die Heirat zustande kam.

„Die Familie“ war das Ding an sich im Görkeschen Hause. Der Oberlehrer, der diesen Gefühlen wenig verständnisvoll gegenüberstand, sprach in Anlehnung an das Friederizianische Wort vom „Kader Familie“.

Hätte man Görke gefragt, wer denn eigentlich „die Familie“ sei, hätte er seinen Stammbaum mit den vielen Tafeln gezeigt oder die in der Stadt wohnenden Verwandten aufgezählt. Wäre er ehrlich — auch gegen sich selber — gewesen, hätte er nur auf sich deuten dürfen. In ihm kristallisierte sich die Familie. Der Görkesche Familienbegriff war ein absolutistischer Begriff.

Bisweilen fühlte er dunkel, wie töricht und abwegig dies alles war, dies Suchen nach verstorbenen oder irgendwie noch auffindbaren Görkes und deren Seitenlinien. Denn die Görkes waren allezeit robuste Prosaisten gewesen; sie hätten gelacht, wenn man ihnen vorgeschlagen hätte, Handschriftliches für die einstige Familiengeschichte aufzuzeichnen. Vielleicht war es auch noch gar nicht so lange her, daß sie — schreiben konnten.

Jedenfalls war es keinem gegliedert, durch absonderliche Heldentat, verzwicktes-geschicktes Diplomatisieren oder sonstwie berühmt zu werden; ihre Namen waren in dem großen, dunklen Strom versunken, in dem die Müllers oder Runzes versanken.

Nur einen hatte der Scheinwerfer der Zeitgeschichte für einen Augenblick grell beleuchtet: einen Joachim Görke, der eines Münzfälschungsversuchs bezichtigt und eine Weile eingesperrt gewesen war, ehe man ihn laufen ließ, — und gerade den unterschlug Görke in der Familientafel...

Fräulein ging leichten Schritts und wohlgenut. Der Wind war lau und voll Blütenstaub. Gassenjungen sahen an den Rinnsteinen und warfen Blechstückchen an die Häuser; sie „panschten“ und schrien wie losgelassene junge Hunde.

(Fortf. folgt.)

Chancen in Aussicht gestellt worden sind, deren phantastischen Charakter jeder halbwegs Einsichtige ohne weiteres hätte erkennen müssen.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist durch die Polizeibehörde in Niederhohenweide und Lichtenberg wieder ein Weitzkonzern ausgehoben worden. Es handelt sich um den „Rhenania-Konzern“, dessen Begründer ein Kaufmann Heil war. Der Konzern hatte in den allerletzten Tagen erklärt, daß sein „Stammhaus“ sowie die beiden „Filiales“ trotz aller Konjunktur noch wie vor Auszahlungen vornehmen würden. Noch am gestrigen Tage wurden Einzahlungen vorgenommen. Bei dem Rhenania-Konzern handelt es sich um eine der übelsten Gründungen auf dem Gebiet der Weitzkonzerns. Das „Stammhaus“ in Niederhohenweide war in Wirklichkeit ein Breiterhäuschen, bestehend aus zwei Zimmern, in denen nach skandalösem Muster das Café Illiput untergebracht war. Der Kriminalpolizei gelang es noch, eine Kasse zu beschlagnahmen, in der sich 1780 M. befanden. Der Inhaber und die „Filialeleiter“ waren mit dem ihnen anvertrauten Geldern verschwunden.

Schmarozer der Großstadt.

Betrügereien im Kokainrausch.

In jene überblühenden Kreise der Großstadt, die das Wort „Arbeits“ nur vom Hörensagen kennen und die dem schmarozernden Genießerum als entsprechende Fosse dienen, führte eine Verhandlung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung hatten sich hier der beschäftigungslose Heinrich Eysenhardt in Gemeinschaft mit dem Kaufmann Fritz Königsberger zu verantworten.

Eisenhardt ist der Typ des sogenannten „Gent mit der leeren Brieftasche“, der allen möglichen Pastoren huldigt. Durch und durch von einer gewissen Krankheit verfaßt, spielte er in den Kreisen andersveranlagter Männer eine große Rolle. Eines Tages erschienen die beiden Angeklagten bei einem Möbeshändler R. Königsberger stellte den Eisenhardt als „Oberleutnant Graf Bodo von Kalkreuth“ vor, der die Absicht habe, einen vornehmen Spielklub zu gründen, wozu er echte Perleerstücke brauche. Das Geschäft wurde perfekt und der „Herr Oberleutnant“ setzte sich monatelang an den Schreibtisch und stellte mit vornehmer Gebärde einen Scheck auf die Dresdener Bank über 30000 Mark aus, der natürlich nicht eingelöst wurde. — Zu der gestrigen Verhandlung war von dem Verteidiger Prof. Dr. Felix Pincus als Sachverständiger geladen, der die Möglichkeit, daß der Angeklagte die Tat in einem durch Kokainrausch erzeugten Dämmerzustand begangen habe, als nicht ausgeschlossen bezeichnete. Vom Verteidiger wurde daraufhin die Ladung des Kriminaloberkammermeisters Witte beantragt, zum Beweise dafür, daß E. zu jener Zeit ständiger Besucher der Kokainhöhlen war und sogar, um Kokain zu erhalten, seinen Rock und Weste dort gelassen habe. Das Gericht gab diesem Antrage statt und beschloß ferner, den Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch als den besten Kenner der Kokainrausche und ihrer verheerenden Folgen mit der Beobachtung des Angeklagten auf seinen Geisteszustand zu beauftragen.

Der Flüchtling in der Badewanne.

Mit einem geistesgegenwärtigen Flüchtling hatte es gestern ein Kriminalbeamter zu tun, der einen sogenannten Ausreisepaßschwindler verfolgte. Der Schwindler, ein Jakob Werner, und sein Komplize Fritz Freund hatten verschiedene Leute durch das Versprechen, ihnen Ausreisepässe zu besorgen, um hohe Beträge geschädigt. Ein Geschädigter, der mit dem Kriminalbeamten sich nach einem Lokal in der Kochstraße begeben hatte, traf dort den Schwindler an, als er gerade beim Mittagbrot saß. Werner erkannte sofort sein Opfer und flüchtete über eine Hintertreppe in den vierten Stock hinauf. Der Beamte setzte ihm nach und rief hinter ihm her. Das hörte auch eine Frau im vierten Stock, die auf den Fur trat, um zu sehen, was es auf der Treppe gebe. Der Schwindler lief an ihr vorbei, durch die offene Tür in die Wohnung hinein und war die Tür hinter sich zu. Mit Bindeseile entledigte er sich seiner Kleider, setzte sich in die Badewanne und tat so, als ob er nicht wisse, wen man suche. Er wurde jedoch erkannt, festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Auch sein Spielfeld konnte bald darauf ergriffen werden.

Unser Wahlkampf.

Eine zahlreiche besuchte Kommunalwählerversammlung für die Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt, einberufen von unseren Parteigenossen, fand am Mittwoch in der Aula in der Gleimstraße statt. Genosse Heinrich Ströbel als Referent führte aus, daß der gegenwärtige Wahlkampf ein Vorpiel sein müsse für jene größeren Kämpfe, denen wir entgegengehen. Das Proletariat habe jetzt alle Ursache, geschlossen zusammenzutreten und sich für jede Kraftprobe bereit zu halten. Die Reaktion glaube an baldiges Kommen der Zeit, wo die Ergrünungen der Revolution wieder rückgängig gemacht werden könnten. Die gewaltige Demonstration im Lustgarten dürfe kein Einzelfall sein. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die Gegner der Republik seit Jahr und Tag gerüstet hätten. Die kampffreudige Stimmung der Reaktion geworden ist, darüber wissen Reisende, die aus Süddeutschland zurückgekehrt sind, mancherlei zu berichten. Von Landwirten und anderen, die ihre Meinung nicht kannten, haben sie gehört, daß man fest entschlossen sei, mit der Republik in Bayern ein Ende zu machen und daß man sich nicht täuschen lassen solle durch Verhandlungen, die mit Berlin geführt würden, um Zeit zu gewinnen. Man wolle das Königtum in Bayern errichten und dann von Bayern aus die Offensive gegen die Republik in ganz Deutschland eröffnen. Die Herren in Bayern rechnen auf das Gelingen ihrer hochverräterischen Pläne, indem sie frohlocken: „Wir sind bis an die Zähne bewaffnet und die Massen der Arbeiter sind es nicht. In München sind 15000 Studenten bereit zu den verborgenen Waffen zu greifen.“ So die Stimmung aus Bayern. Aus allen diesen Reden gehe hervor, wie ungeheuer frech die Reaktion in Bayern geworden sei. Und wenn alle, die zur Republik halten, nicht gerüstet seien, um im gegebenen Moment sofort auf den Plan zu treten, könnte der Streich gelingen. Nicht nur zur Abwehr der Reaktion, sondern auch zur Beseitigung der trostlosen sozialen und wirtschaftlichen Zustände müsse das Proletariat einmütig zusammenstehen. Hier sei der einzuschlagende Weg der organische Weg der Sozialisierung, nicht der bolschewistische Experimente. — Auch bei der bevorstehenden Stadterordnung wahl müsse das Proletariat zeigen, daß es auf dem Posten sei. Die Stadterordnungsarbeiten hätten vorbildliche Bedeutung. Ihr Ausgang müsse der Beweis dafür sein, daß das Proletariat die Situation begriffen habe und bereit sei, jede seine Rechte zuämpfen. Eine starke sozialistische Mehrheit müsse der Erfolg der Wahlen sein. Der Vortrag fand stürmischen Beifall.

Sachrat Genosse Weber zeigte am Beispiel der bürgerlichen Schulpolitik der freiständigen Wehrheit der alten vorrevolutionären Stadterordnungsversammlung, wie außerordentlich wichtig es für die wertvollsten Kulturgebiete ist, eine sozialistische Wehrheit zu haben. Der 16. Oktober müsse ein Markstein werden für die Weiterentwicklung des sozialistischen Berlin. (Lebhafte Beifall.) — Weber als Kommunist brachte eine ganze Reihe von kommunalen Werten seiner Partei. Im übrigen billigte er manche Ausführungen des Referenten. Die Genossen Schramm und Baumann gingen u. a. kritisch auf verschiedene Ausführungen Webers ein. Nach dieser sachlich geführten Diskussion hielt Genosse Ströbel ein zum Wahlkampf begeistertes Schlusswort.

Die nächste Stadterordnungsversammlung am 27. September. In der kommenden Woche findet mit Rücksicht auf den sozialdemokratischen Parteitag keine Sitzung der Stadterordnungsversammlung statt.

Die nächste Sitzung ist für Dienstag, den 27. September, in Aussicht genommen.

Eine blutige Chetragdie hat sich gestern in Neudörfen im Hause Knebelstraße 64 abgespielt. Dort wurde die Frau des Postkutschführers Schiller von ihrem Mann nach einer Eifersuchtszene durch Stiche mit einem Seitengewehr getötet. Nach der Ermordung seiner Frau wollte Schiller sich selbst mit Gas vergiften. Der Feuerwehr gelang es, den Bestimmungstod ins Leben zurückzurufen. Er wurde als Polizeigefangener nach der Charité gebracht. Wie die Feststellungen ergaben, handelt es sich um ein Eifersuchtsverbrechen. Frau Schiller besuchte wiederholt Witwenbälle und kam auch gestern erst um 5 Uhr früh nach Hause. Eine Stunde später wurde sie von ihrem Mann ermordet. — Ausflügler fanden im Grünwald beim Jagen 23 in der Nähe der Oberförsterei den Polizeisekretär Paul Jungblut und die Bureauangestellte Frau Margarete Zielle aus der Urbanstr. 6 mit Schauererregungen in der Herzogendammstr. auf. Aus einem hinterlassenen Briefe geht hervor, daß beide freiwillig aus dem Leben geschieden sind. Beide Leichen wurden nach dem Schauhaus gebracht. Ob Jungblut Frau Zielle erschossen oder diese sich selbst durch einen Schuß getötet hat, ist noch nicht aufgeklärt.

Genosse Walter Weiser hält Sonntag, den 18. Sept., vorm. 10 Uhr, in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz, eine religiöse Predigt. Thema: „Was ist Religion?“

Vegetarierbildungsanstalt Tempelhof. Heute abend dänisch 7 1/2 Uhr in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße: Die Operette von Strouk bis Lehar. Künstlerische Leitung und einleitende Worte: Dr. Ernst Koll. Gesang: Frau Gertrud Wolf, Tanz: Fräulein Friedel Deber und Ruth Holz. Solotänzerinnen am Deutschen Opernhaus, Kattien 4 Nr. bei den Funktionären und an der Abendkasse.

15. Generalversammlung der Metallarbeiter

5. Verhandlungstag.

Jena, 16. September. (Vig. Drohtbericht d. „Vorwärts“.)

Die Diskussion über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt. Auf S. Bielefeld (SPD.) eröffnete die dritte Rednerfolge. Er erinnerte daran, daß seine Freunde schon in Stuttgart gesagt haben, auch der neue Vorstand würde durch die Verhältnisse gezwungen sein, sich auf den Boden der praktischen, positiven Gewerkschaftsarbeit zu stellen. Diese Voraussetzung habe sich bestätigt. Die in Stuttgart angenommene Resolution Dismann stand nur auf dem Papier. Es wurde nicht nach ihr gehandelt. Dettlinghaus gab gestern zu, daß ihr Vorgehen in Stuttgart von Haß diktiert war. Wir haben euch nie geholt. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit.)

„Nur Lieb' soll uns zusammenfassen, Wir strecken aus die Bruderhand.“

(Erneute Zustimmung.) Nach diesem Grundriss handeln wir. Was die Kommunisten wollen, sind Eisenbarkeiten für die Gewerkschaften. Die Kommunisten haben unverantwortlich an der deutschen Arbeiterbewegung gehandelt. Wir hätten in Deutschland keine Orgele, keine Stahlhelm-Organisationen, wenn... (Stürmische Unterbrechung bei den Kommunisten). Die Dinge ständen in Deutschland besser, wenn ihr (zu den Kommunisten) den Kampf der Arbeiterbewegung nicht herabgewürdigt hättet. Solange die Kollegen der kommunistischen Partei sich nicht frei machen von Richtlinien, die sie von außerhalb der Organisation stehenden Personen oder Instanzen bekommen, solange wird ein Zusammenarbeiten mit ihnen nicht möglich sein. Die von der USP. eingebrachte Resolution macht viele Worte, enthält aber nichts, was als Programm angesprochen werden kann. Sie ist sehr matt. In unserer Resolution sind die notwendigen Forderungen scharf umrissen aufgestellt. Sie stellt den Boden dar, auf den die beiden sozialistischen Fraktionen treten können. (Lebhafte Beifall.)

Ziegler-Heilbrunn (USP.): Bei einigermaßen gutem Willen wäre ein gemeinsames Vorgehen beider sozialistischer Richtungen möglich gewesen. Die beiden sozialistischen Richtungen sollten in großen Fragen geschlossen vorgehen. (Lebhafte Zustimmung.) Kein Führer wird sich auf die Dauer diesem Verlangen widersetzen können. Der Bruderkampf saugt einen Teil der proletarischen Kräfte auf, die dringend gegen den Kapitalismus gebraucht werden.

Was trennt USP. und SPD?

Die Frage Diktatur oder Demokratie ist nicht voll geklärt. Wir haben die Demokratie nie abgelehnt. Wir glauben nur nicht daran, daß die Demokratie allein uns den Sozialismus bringt. Die Geschichte beweist, daß alle großen Gesellschaftsumwälzungen sich nicht ohne Gewalt vollzogen haben. Wir wünschen, daß der Sozialismus ohne Anwendung von Gewalt durchgeführt wird. Wir wollen aber alle Mittel anwenden, um vorwärts zu kommen auf dem Wege zum Sozialismus. Wascher sagte, daß der Vorstand vor Kämpfen zurückschreckt. Das ist nicht richtig. So frivol und leichtfertig wie beim Märzputsch kann der Vorstand allerdings nicht handeln. (Stürmische Zustimmung.) Die Einigung muß auch mit den Kommunisten kommen. Sie wird eintreten, wenn sie sich von Sowjetrußland freigemacht haben.

Brach-Remscheid (SPD.): Es wäre eine große Täuschung, wenn wir sagen würden, daß man auf dem Verbandstag einig wäre. Der Verbandstag muß klipp und klar feststellen, wie weit es möglich ist,

einen einheitlichen Weg zu marschieren.

Die Resolution der USP. richtet ihre Spitze gegen die Kommunisten. Sie läßt erkennen, daß das Bestreben, eine Einheitsfront zu bilden, nicht ehrlich gemeint ist. Dismann sagte, daß nicht von außen her den Gewerkschaften Parolen gegeben werden dürfen. Vor kurzer Zeit hat die USP. eine andere Stellung eingenommen. Am 18. Oktober v. J. erließ die Zentrale der USP. einen Aufruf, der für die gewerkschaftliche Tätigkeit der USP.-Mitglieder bestimmte Richtlinien aufstellte. Was heißt dies anders, als die politische Auffassung in den Gewerkschaften zum Durchbruch zu bringen. Was würde Dismann sagen, wenn die Mehrheit die Resolution durchführen würde? Ich freue mich, daß die Kollegen der SPD. in dieser Frage eine andere Stellung einnehmen. Der beste Vertreter der Zusammenfassung der Opposition auch außerhalb der Organisation war Dismann. Er wird nicht bestreiten können, daß wir auf diesem Gebiet sehr eng, sehr gemeinschaftlich zusammengearbeitet haben, daß nicht nur eine Gruppe innerhalb des Verbandes, sondern auch Parteigenossen außerhalb des Verbandes mitgeholfen haben. Alles ist schon dagewesen. Wir hatten

in der USP. auch eine Gewerkschaftszentrale,

die den Parteigenossen Anweisungen gab. Wir haben in der Zentrale beraten, wie die Auffassung der USP. in den Gewerkschaften am besten durchgeführt werden kann. (Hört, hört!) Wir haben mit allen Mitteln versucht, unsere politische Auffassung in den Gewerkschaften durchzubringen. Dismann war der spiritus rector der Gewerkschaftszentrale der USP. Und heute bekämpft er uns, weil wir das gleiche tun, was er damals getan hat. Auch die Kollegen von rechts haben das gleiche getan. Gewiß können sie sich darauf berufen, daß sie durch das Vorgehen der USP. und SPD. dazu gezwungen waren. Weichen wir aber doch offen und ehrlich. Es wäre dem Verbandschädigend, wenn wir die Kollegen der SPD. außerhalb des Verbandes stellen würden. (Lebhafte Zustimmung.) Der kommende Vorstand muß Toleranz üben gegenüber den politischen Auffassungen der Verbandskollegen. Wenn wir zu einer Einheitsfront kommen sollen, dann nur, indem wir im Kampfe zusammenstehen in dem festen Willen,

das Erreichte auch festzuhalten.

Alle Reden über die Einheitsfront haben keinen Zweck, wenn nicht der entschlossene Wille dahintersteht, den Kampf bis zum bitteren

Ende gemeinsam durchzuführen. Haas hat gesagt, wir sind wieder zurückgekehrt auf den Boden der Demokratie. Die Kollegen der USP. haben sich für die Diktatur erklärt. Sie sollen die Tat dahinterstellen, dann erst wird der Sieg des Proletariats sicher sein. (Beifall.)

Rach-Brach, der am geschicktesten von den SPD.-Rednern gesprochen hatte, folgte die allgemeine Debatte mit 10 Minuten Redezeit. Die Delegierten befragten meist Einzelfragen im Organisationsleben. Das Wort wurde fraktionsweise erteilt.

Riedel-Chemnitz (SPD.) wünscht, daß der Verband sich mehr der Jugend- und Lehrlingsfragen annimmt. Emil Barth-Berlin ging auf die Betriebsrätefrage ein und besprach die Schaltung der Betriebsräte. Weich-Soarbrüden (SPD.) schilderte die Verhältnisse im Saargebiet. Die Unternehmer wollten Lohnreduzierungen vornehmen. Petersen-Hamburg (SPD.) besprach die Werftarbeiterbewegung. Der Vorstand müsse mit allen Mitteln dem Treiben der Werftarbeiter einen Damm setzen. Sander-Dresden (USP.) sagt, es sei erfreulich, daß die Resolution der SPD. nicht von dem Weg nach Moskau spricht. Krauß-Stuttgart (SPD.) beschwert sich, daß die Stuttgarter Ortsverwaltung vom Vorstand nicht anerkannt wird. Nur der Besonnenheit der Stuttgarter Kollegen wäre es zu danken, wenn es dort zu keiner Gewalt gekommen sei.

Durch Schlußantrag wurde hierauf die Debatte beendet. Albrecht-Berlin (USP. links) brachte hierauf einen Antrag ein, nach der Vertreter aller drei Fraktionen versuchen sollten, eine gemeinschaftliche Resolution durchzubringen.

Ramsbrock-Berlin (SPD.) und Ulrich-Berlin (USP.) sprechen dagegen. Wegmann-Essen (SPD.) ist mit der USP. links (große Heilerkeit) für den Antrag Albrecht.

Der Antrag Albrecht wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Schlusswort erhielt dann Dismann, der zunächst auf einige Vorwürfe einging, um dann zu den großen allgemeinen Fragen Stellung zu nehmen. Am Schluß seiner über zweistündigen Ausführungen besprach Dismann die vorliegende Resolution. Die SPD. warf dem Vorstand Mangel an Mut vor. In ihrer Resolution hätte sie aber jeden Hinweis auf Moskau vermieden. So bleibt da der Mut und die Konsequenz? Der Resolutionen der SPD. und USP. enthalten nichts, was man nicht gemeinsam annehmen könne. Zum Sieg des Proletariats brauchen wir alle, auch die kommunistischen Arbeiter. Wir hoffen, daß die Zeit bald kommt, wo wir

alle wieder in Reih und Glied

festen Schrittes auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes, proletarischer Solidarität und Treue zusammenarbeiten. (Stürmischer Beifall.) — Um 1 1/2 Uhr trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittagsitzung, die sich bis abends 9 Uhr hinzog, gab zunächst der Vorsitzende Brach Kenntnis von einer Erklärung der Fraktion der SPD. auf die Frage des Kollegen Kummer, wie sie sich zu den gewerkschaftlichen Richtlinien des Jänner Parteitages der SPD. stelle. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Die Richtlinien des Jänner Parteitages für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften verpflichten die Kommunisten nicht zur Durchbrechung des Verbandsstatuts oder irgendwelcher Verbandsbeschlüsse. Wir halten es für unsere Pflicht, die seit Monaten von gewerkschaftlichen Organisationen und dem Vorstand verbreiteten Behauptungen, die Kommunisten wollten die Beschlüsse der Organisation durchbrechen oder die Gewerkschaften auf Anweisung von Moskau oder ihrer Parteizentrale zerstören, als Verleumdung zurückzuweisen. Wir erklären aber weiter, daß wir uns nicht des Recht nehmen lassen, innerhalb der Grenzen des Verbandsstatuts auf die Aenderung der nach unserer Meinung falschen Verbandsbeschlüsse hinzuwirken.“

Nun wurde zur Erledigung der zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge geschritten. Der größte Teil der Anträge wurde durch die beschließende allgemeine Resolution, deren Wortlaut von Vertretern der SPD. und USP. noch festgesetzt werden soll, als erledigt betrachtet. Ein weiterer großer Teil der Anträge wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung bzw. Erledigung überwiesen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ebenso einstimmig wurde beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, folgende Forderungen an die zuständigen Stellen zu richten:

1. Aufhebung des Delegatenausschusses. 2. Aufhebung der Sondergerichte. 3. Aufhebung der Orgele.

Mit großer Mehrheit fand der Antrag Annahme, der den Vorstand verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Herstellung von Kriegsmunition und Kriegsmaterial zu verhindern. Die Generalversammlung trat hierauf in die Statutenberatung ein, die heute nicht mehr beendet wurde und morgen fortgesetzt wird. Wir berichten darüber zusammenfassend.

Aus aller Welt.

Europarundflug Morgans?

In Le Bourget ist gestern ein Flugzeug mit einem Piloten und zwei Passagieren, darunter ein amerikanischer Großkapitalist, gelandet, das soeben, wie Habas mitteilt, einen Rundflug durch Europa beendet hatte. Das Flugzeug ist am 24. August von London abgefahren und hat die Strecke Paris—Brüssel—Amsterdam—Bremen—Danzburg—Kopenhagen—Stockholm—Krisiania—Berlin—Warschau—Prag—Wien—Venedig—Mailand—Genoa—Marseille—Lyon—Paris in der Zwischenzeit zurückgelegt. Die „Petit Journal“ schreibt, soll es sich bei dem amerikanischen Passagier um Morgan handeln. (Danach ist Morgan also doch in Berlin gewesen. Ann. d. Red.)

Jaurès' Mörder, Billemin, hat einen Selbstmordversuch unternommen, indem er sich zwei Kugeln in den Unterleib schoß. Der Grund zur Tat ist darin zu suchen, daß der Vater eines Mädchens in Reims, das Billemin heiraten wollte, seine Zustimmung zu dieser Heirat verweigerte.

Sport.

Kennen zu München. 1. Steibner-Breit. 1. Max Bingen (München). 2. Wagedel, keine Beize (E. Treuß). 3. Angvid Auler (N. Ringel). 4. Bräuber (E.). Tot: 41:10, Pl. 17:10. Ferner liefen: Danst, Friedemann, Edward I., Dr. Adolf R., Siegm. Silber, Erika III. Disa. 50 Proz. Wiesn. zurück. 6. U. — 2. Horizont-Preis. 1. Clara I. (J. Nichtenfeld). 2. Deidreing I. (E. Gruber). 3. Baum Gand (B. Gerlon). Tot: 23:10, Pl. 12:10. Ferner liefen: Maurice (A.), Boland 5-5 U. — 3. Mercedes-Preis. 1. Hag (Rm. Schuler). 2. Prinz Rudolf (J. Nichtenfeld). 3. Wirts Oswald (W. Quindt). Tot: 10:10, Pl. 15:15, 21:10. Ferner liefen: Fehlbau (A.), Quindt Disa, Geheimrat, Heidemann, Adèle H. 5-5-5 U. — 4. Imperator-Preis. 1. Paul B. (D. Lautenberger). 2. Obfuss (Rm. Schuler). 3. Kriegskreisler (W. Adler). Gläubigend (A.). Ferner lief: Erbgut. 5-5 Uängen. — 5. Salm-Horlmar-Kennen. 1. Galador I. (E. Treußberg). 2. Helig (Heiser). 3. Angriff (Steinmayer). Tot: 117:10, Wäh 25:16, 21:10. Ferner liefen: Euphile (A.), Die Beize, Verclusa, Freiheit, Amorette, Heller angeh. Sigurd, Auertrud. 6-4 U. — 6. Krone-Preis. 1. Mägen I. (Hm. Schuler). 2. Monarchist (Kunzmann). 3. Welt (H. Freund). Tot: 27:10, Pl. 18:24, 27:10. Ferner liefen: Kantenfel (A.), Lit. Gedrus, Julius, Krader, Clara Bingen. 6-4 U. — 7. Seltia-Kennen-Preis. 1. Boltlieb (Höbner). 2. Rammering (E. Bert). 3. Hofmann I. (Hm.). Tot: 44:10, Pl. 17:27, 19:10. Ferner liefen: Wäh I. (A.), Mierlon, Kofjar (als 1. Disa). 80 Proz. der Einläufe zurück. Grabiola Disa. Erich I. finale I. Holstein II. 3-3 U. — 8. Ramus-Preis. 1. Geringade (Stelmann). 2. Gudrun II. (Kunzmann). 3. Vonnine Jr. (Kotmeyer). Tot: 122:10, Pl. 20:15, 13:10. Ferner liefen: Fisel (A.), Mars III. Disa, Jupiter III. Greenk. 6-4 U. — 9. U.

Weiter bis Sonntag mittag. Zeitweise keller, meist trocken. Tage über etwas wärmer, bei schwachen, vorherrschend nordöstlichen Winden.

Aus der Partei.

Aufschwung unserer Parteibuchhandlung.

Vor einiger Zeit konnten wir die Verschmelzung der beiden größten Parteibuchhandlungen mitteilen: I. H. W. Dieck Nachf. in Stuttgart und die Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Neudrings hat die nunmehr vereinigte Buchhandlung nach längeren Verhandlungen das Verlagsrecht an den gesamten sozialistischen Werken des bekannten Berliner Verlages Paul Cassirer übernommen. Unter vielen anderen Werken ist damit auch die einzige vollständige Ausgabe der Schriften Lasalles, die Genosse Eduard Bernstein veranstaltete, in den Verlag der Parteibuchhandlung übergegangen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Sonnabend, den 17. September:

- Charlottenburg-Spandau. Die juristische Sprechstunde findet jeden Sonnabend von 5-6 Uhr im Jugendheim, Kottbuscher Str. 4, Volkshaus, statt. Abonnementsaufstellung, Partei- oder Gewerkschaftsbuch legitimiert.
- 17. Vdt. Schönberg. Abends 6 Uhr Abholung der Plakate und Handzettel für die am Montag stattfindende öffentliche Wählerversammlung in der Berliner Straße vom Sozialbündel, Borchersstr. 11, und bei Kupfer, Oberstraße 36. Zahlreiche Teilnahme an der Handzettelverbreitung ist unbedingt erforderlich.
- 18. Vdt. Mariendorf. Parteigenossen, die gemittelt sind, die Wählerlisten abzuschreiben, mögen sich bei dem Abteilungsleiter Hoff, Burggrafenstr. 8, melden.

Morgen, Sonntag, den 18. September:

Jungsozialisten. Abfahrtsfahrten nach Hühlerberge zum Waldsee ab Charlottenburg 5.45, 6.47, 7.36 und 8.59 Uhr. — Gruppe Weiz. Treffpunkt zum Waldsee 8 Uhr Bahnhof Hermannstraße.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: E.M. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Rpl. 121 68-10.

Heute, Sonnabend, den 17. September:

Eine Mädchenkonferenz findet um 1/2 7 Uhr im Zentral-Jugendheim, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Tr., statt.

Morgen, Sonntag, den 18. September:

Wankenburg. Wanderung nach dem Krümer. Treffpunkt Bahnhof Wankenburg 1/2 7 Uhr. — Röhren. Nachmittagswanderung nach Röhren. Treffpunkt 1/2 7 Uhr Schönplatz. — Reichelsdamm. Nachmittagswanderung. Treffpunkt 2 Uhr Schönplatz. — Reichelsdamm. Wanderung nach Straußberg. Treffpunkt 1/2 7 Uhr Schönplatz. — Wiedersheim. Wanderung nach Straußberg. Treffpunkt 1/2 7 Uhr Schönplatz. — Wiedersheim. Wanderung nach Straußberg. Treffpunkt 1/2 7 Uhr Schönplatz.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittags 10 1/2 Uhr im Stadthaus, Klosterstraße 26, Jugendweiche. Festvortrag von Herrn Rogal. Harmonium, Sells, Gesang. Gäste willkommen.

Arbeitersport.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Von 9 Touren für Sonntag, den 18. September. Die Tour nach Rauen kann wegen dautlicher Veränderungen in der Punktsituation nicht stattfinden. Die Tour nach Spandau bleibt bestehen. Nachmittagsausflug nach Spandau. Restaurant „Lied“, Seeburger Str. 26. Start 1 Uhr an den bekannten Stellen. Langstreckenfahrt 17. und 18. September nach Potsdam. Start Sonnabend nachmittags 1/2 7 Uhr Reichelsdamm. Ede Wankower Straße. — Ortsgruppe Spandau. Sonnabend, den 17. September, Eiche und Hühlerberge. Start beide Touren 8 Uhr Schönplatz. Da die Fahrwege sich vergrößert haben, werden alle Genossen gebeten, sich möglichst gleichmäßig auf beide Touren zu verteilen. — Regioverammlung des 1. Bezirks in Rittenswalde. Start der Ortsgruppen 7 Uhr an den bekannten Stellen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma W. J. Greiser, Ausstattungshaus, Weinbergweg 4, empfiehlt ihr Geschäft in Herren- und Damenmode und gewährt bei Einkauf günstige Zahlungsbedingungen. (Siehe heutiges Inserat.)

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Aufkleber und eine Nummer bei. Cilige Anfragen tragen man in der juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftsätze und Beiträge sind mitzubringen. O. S. 49. Wenden Sie sich an den Arbeiter-Radfahrer-Club, Gustav Seppelstr. 10/11, Hermannstr. 176.

Sakko-Anzüge beste Verarbeitung, aus Cheviot, Kammergarn, mit und ohne Umschlagborte, auf Leinen und Rohhaar
M. 375,-, 450,-, 550,-, 650,-, 750,-, 850,-, 950,-

Ullster Raglan- und Schlupfer-Form aus modischen Stoffen, in den neuesten Farben, beste Verarbeitung
M. 495,-, 590,-, 675,-, 815,-, 1050,-

Gummimäntel hochgeschlossene und offene Sportformen, Raglan- und Schlupfer-Modelle
M. 350,-, 510,-, 650,-, 750,-, 850,-, 995,-

Reinkleider neue Stoffmuster, gute Stoffe in bester Verarbeitung und gutem Schnitt
M. 65,-, 85,-, 95,-, 120,-, 135,-, 175,- bis 350,-

Nur eigene Fabrikate

Trotz Preissteigerung alte Preise!

Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang erforderlich

M. SCHULMEISTER

Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

Kottbuser Tor

Bezirksverb. Berlin SPD

M. Weisling, Reichlin

Am 7. Sept. verliert durch Unfall der Genosse

Richard Wenig

seine Lebensversicherung

Die Beerdigung findet am Sonntag, 17. Sept., nachm. 7 1/2 Uhr, auf dem Jolob-Richthof, Hermannstraße, statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Abteilungsleiter.

Offene Füße

Stumpfschuhschmerz, auch nervöse, jahrelang fortwährende Fußleiden mit unheilhaftem Verlauf heilt laut viel Erfolgserfahrungen 3 milde u. wohltuende, Orlin-Galbe 14,50 M. u. 8,00 M.

Otto Reichel, Berlin 42, SO, Olfenbachstr. 4.

Garderobe

für den Herbst und Winter auf bequemste Teilzahlung

HERREN-DAMEN-

Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüme, Raglans, Schlupfer, Ullster, Jünglings-Anzüge, Röcke, Kleider.

Gute Ware, solide Preise, große Auswahl.

M. Beiser, Lothringer Straße 67.

Brillanten

Billige, gute

Rhein u. Mosel

Wine

2er Pflzer (direkt vom Fass) mit Steuer p. Liter 14,40

Flaschenweine mit Pl. und Steuer von 12,00 an

20er Riesberger Mosel mit Pl. u. Steuer 14,40

19er Runkel Riesling mit Pl. u. Steuer 19,50

Rotwein: La Côte wundervoll mit 12,00

Französischer Hennessy, Prunier, Pelisson- u. Derby.

Ringeisen jeder Art:

Runde, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Ziede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschienen und Ambosse

sofort ab Lager lieferbar

Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,

Marinplatz 12072. Ede Voltairerstraße. Werksplatz 12073.

Geöffnet 9-1

Auf Teilzahlung

Anzüge, Gobeercoats, Ullster, Schlupfer, Einlegungs-Anzüge

bequeme direkte Ratenzahlung (Rein Zinsen)

Gottlieb

Kollenderstraße 22 a

sonntag 9-1

Eiserne & transportable Kachel

ÖFEN

SCHMIDT, BIEBER, & Co.

Direktorstr. 21a 92

Berlin S. 19

Möbel

trotz des Streiks solange Vorrat reicht zu altbekannt billigen Preisen.

Teilzahlung zu kleinsten Bedingungen gestattet.

Möbel-Gross

Große Frankfurter Straße 141

Invalidenstraße 5, Eing. Ackerstr.

Liefere auch auswärts

Cognac

Derby-Weinbrand Fl. 40⁰⁰ Weinbrand-Fl. 38⁰⁰

Versandt auch literweise in Ballons, Fässern u. Waggons.

Doppel-Kümmel extra 1/2 Liter-Flasche 34⁰⁰

J.F. Rauch

Potsdamer Str. 54, Hofgärtnerstr. 4, Alexanderplatz

Waldenstr. 164, Eckhaus

Brandenburgerstr. 174, Eckhaus

Friedrichstr. 11

Große Frankfurter Str. 113 neben Jandorf

Welschener Schönhauser Allee 178

zum Auslandskurs!!

Gold-, Silber-, Platin-, Brillanten-, Münzen- etc. Ankauf

K. Kehlert, Lothringer Str. 34

Laden

Wegen dringenden Bedarfs.

Spezial-Institut für

Heilmagnetismus

für hoffnungslose Kranke

Dir. Martin Schulz,

25 Jähr. Erl.

Kaiserstr. 33 (Alexandrstr.)

11-12 u. 5-7.

Kreuz-, Alaska-, Silber-, Zobel-, Rottüchse

stännd billig v. 300 M. an

f. Dam u. Herrn v. 250 M. an

Felle f. Besatz

amer. Op. 65, austr. Op. 110,

Seal El. 25, biberrett. 45 M. a.

Hamsterfelle

f. Sportpelze, sehr preisw.

Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58 a

Wohnungs-Austausch

A. SCHÄFER

Spedition (gegr. 1831) Lagerhaus

Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 36

Langjährige bewährte Vertretungen in ganz Deutschland.

Wir



fabrizieren selbst und können ein Lied davon singen, wie ausserordentlich die Preise für Leder schon seit Wochen in die Höhe gegangen sind. Für den Verkauf der in unseren Verkaufsstellen befindlichen, noch aus billigeren Ledern fabrizierten Schuhwaren brauchten wir deshalb nicht besorgt zu sein. Wir möchten aber doch unserer alten Kundschaft den guten Rat geben, rechtzeitig zu kaufen, da die teureren Schuhwaren in Kürze am Markt erscheinen müssen.

Sonnen

Lack

Schuhfabriken & Cie A.G. Burg

b. Magd. b. g.

SW, Friedrichstr. 240/41	NW, Turmstrasse 41	N, Friedrichstrasse 130	SO, Oranienstrasse 2a	Neukölln, Bergstr. 30/31
W, Potsdamer Strasse 50	NW, Wilsnacker Str. 22	N, Müllerstrasse 3	SO, Wrangelstrasse 49	Charlottenburg, Wilmers-
W, Schillstrasse 16	N, Brunnenstrasse 37	O, Andraerstrasse 50	C, Spittelmarkt 15	dorfer Str. 122/23 / Potsdam
NW, Beusselstrasse 29	N, Danziger Strasse 1	O, Frankfurter Allee 22	C, Rosenthaler Strasse 14	Brandenburger Strasse 54

Heute noch!

Guter Damentiefel, Chromleder u. R.-Chevreau, spottbillig	78 ⁷⁵
Eleg. Damentiefel, mit echter Lackkappe	128
Solid. Herrentiefel, Rindbox, gut Verarbgt.	148
Vorsügl. Herrentiefel, echt Rindbox, mit echter Lackkappe	168
Herr.-Gesellschaftstiefel, echt R.-Chevr., mit u. ohne Lackkappe in	188
Original-Rahmenarbeit!	
Solider, fester Knaben- und Mädchentiefel, prima Lederverarbeitung, gute Kernaehle, spottbillig. Gr. 31-33 M. 108,00, Gr. 25-26	78

Seht die Wählerlisten ein!

Dieselben liegen wochentags von 12 bis 7 Uhr abends und Sonntags von 10 bis 5 Uhr nachmittags aus. Niemand darf verjäumen, sie einzusehen. Wahlrecht ist Wahlpflicht!

München behauptet, dann mußte ihm gegenüber jede Konsequenz gezogen werden. Wir hoffen aber, daß Weismann die Antwort nicht schuldig bleiben wird.

Indessen darf man dabei nicht übersehen, daß auch der bayerische Schweyer den intimen Verkehr Ehrhardts beim Polizeipräsidenten Boehner zugehen muß. Nur merkwürdig, daß man in München gar nichts davon gewußt hat. Daß Ehrhardt ein Hochverräter war, der Berlin nächstlicher Weise mit seinen Landsknechten überfallen hatte, der die Seele des Rapp-Bußches gewesen. Das alles wußte man bei Boehner nicht, aber freilich, auch im Wehrministerium zu Berlin ist der Ehrhardt aus- und eingegangen. Was dem Gehler recht, muß schließlich auch dem Boehner billig sein.

Das bayerische „Geschäftsministerium“, das angeblich keine politischen Entschlüsse fassen kann, nimmt die Gelegenheit wahr, durch Herrn Schweyer aufs neue einen Weil gegen den Reichskanzler zu senden, der nach dieser Darstellung die Verständigung mit Bayern aufhalte. Das ist ein sehr durchsichtiges Manöver, auf das verständige Menschen nicht hereinfallen werden. Was Dr. Wirth bisher an Entgegenkommen an die bayerischen Empfindlichkeiten geboten hat, ist unserer Meinung nach schon so weitgehend, daß wir ihm dringend raten möchten, hart zu werden und sich von den preussischen Altbayern nicht ins Bockshorn jagen zu lassen. Wenn die bayerischen Regierungskreise eine „Verständigung“ wollen, so können sie sie ja bald haben. Nur darf sie nicht auf Kosten des Reichs und der Republik gehen.

Koburg gegen das System Kahr.

Koburg, 16. September. (M.B.) Die blutigen Vorgänge des 3. September bildeten in der gestrigen Sitzung des großen Gemeinderats von Koburg ein lebhaftes Gespräch. Von den bürgerlichen Parteien wurde eine Entschließung eingebracht, die einstimmig angenommen wurde. Darin heißt es: „Der große Gemeinderat bedauert die Vorkommnisse vom 3. September, bei denen ein Menschenleben vernichtet und bedeutende Sachschäden angerichtet worden sind. Er ist der Meinung, daß diese Vorkommnisse zu vermeiden wären, wenn der beste Kenner der örtlichen Verhältnisse der Stadt Koburg, der Oberbürgermeister, an zuständiger Stelle von der Regierung gebührend gehört worden wäre, und erwartet, daß auf Grund eines unparteiischen Gutachtens die Angelegenheit baldigst geklärt werde.“

Diese von bürgerlicher Seite beantragte Entschließung des Koburger Gemeinderats bedeutet die schärfste Verurteilung der Regierung Kahr, die in das friedliche Städtchen aus Bayern rauh Polizeischritte, um gegen die für die Republik demonstrierenden Arbeiter mit schärfsten Mitteln einzuschreiten, ohne daß ein Grund dazu vorlag.

Eine Hergt-Versammlung verboten.

Braunschweig, 16. September. (M.B.) In einer für den 17. September in Braunschweig geplanten Versammlung sollte der Führer der Deutschnationalen Hergt sprechen. Gegen diese Versammlung waren in den letzten Tagen die Braunschweiger Sozialisten durch Aufrufe in ihren Organen aufgerufen worden, so daß mit einer gewalttätigen Sprengung der Versammlung zu rechnen war. Wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ berichten, hat nunmehr die braunschweigische Regierung die Hergt-Versammlung verboten.

Hindenburg feiert weiter...

Aus Oldenburg weiß die T. U. die folgende erbauische Geschichte zu erzählen:

Schon Stunden vor der angelegten Ankunft des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg hatte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge vor dem Bahnhof postiert. Als der große Feldmarschall pünktlich mit dem Sonderzuge eintraf, wurde er unter stürmischen Hochrufen von den Abordnungen des Vereins der ehemaligen 91er und den verschiedenen Handwerkerinnungen begrüßt. Etwa 1000 Schulkinder sangen patriotische Lieder. Darauf bestieg der Feldmarschall, der in Stoll erschienen war, den mit Blumen geschmückten Wagen. Dann ging es durch die mit Girlanden und Fahnen geschmückten Straßen zur Stadt. Um 6 Uhr wird der Generalfeldmarschall im Sitzungssaal des Rathauses von den städtischen Kollegien empfangen werden, wo der Oberbürgermeister dem ersten Ehrenbürger der Stadt den Ehrenring reichen wird. Abends wird ein Festspektakel veranstaltet. Der Besuch Hindenburgs findet aus Anlaß des Regimentsappells (III) des 91. Infanterieregiments statt.

Es besteht ja wohl eine Reichsverordnung, daß derartige Regimentsfeiern aus inner- und außenpolitischen Gründen verboten werden können. Ist die Verordnung in Oldenburg noch nicht bekanntgeworden? Dann sollte man schleunigst ein Druckexemplar dort hinsenden.

„Landsfriedensbruch“ wegen Schwarzweißrot!

Hamein, 16. September. Gestern morgen wurden vier Arbeiter wegen Landsfriedensbruches verhaftet, weil sie am 11. August anlässlich des Demonstrationstages die schwarz-weißroten Fahnen von einem Lokal herangerufen hatten. Infolgedessen ist die Arbeiterchaft der hiesigen größeren Betriebe gestern in den Generalstreik eingetreten. Mittags jogten die Arbeiter durch die Stadt, protestierten gegen die Verhaftung und befreiten die Verhafteten gewaltsam aus dem Gefängnis. Die Arbeit ist heute in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Will denn der Justizminister nicht seine Staatsanwälte endlich anweisen, die überaus aufreizenden Anklagen wegen Handlungen zum Schutze der Republik zu unterlassen?

Die Zeitungsverbote.

Die Berliner „Rote Fahne“ erscheint seit ihrem Verbot jeden Tag unter einem neuen Namen. Zunächst nannte sie sich „Die Internationale“, dann erschien sie unter dem Titel „Rote Fahne der Bauern“. Nachdem nun gestern abend das Berliner Polizeipräsidium die Verbreitung der „Roten Fahne der Bauern“ verhindert hatte, erschien die „Rote Fahne“ heute früh unter dem Namen „Berliner Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Bezirksverband Berlin-Brandenburg)“.

Wie die P.P.N. hören, ist nun auch die „Rote Fahne“ unter dem

dritten Titel vom Reichsminister des Innern beschlagnahmt worden.

Wir haben schon vor einigen Tagen die Kommunisten darauf hingewiesen, daß sie mit ihrem Verhalten lediglich die Geschäfte der Reaktion besorgen. Wie die neuen Vorgänge zeigen, denken sie jedoch ihre Dummheitsjungenpolitik zur Freude der Hergt und Genossen fortzusetzen.

Seit Erlass der Verordnung des Reichspräsidenten sind bisher 28 Zeitungen verboten worden. Von diesen haben nur 15 Beschwerden erhoben; neun Beschwerdesteller erreichten die Aufhebung des Verbotes, während sechs Beschwerden hinfällig waren. Außer den Zeitungen verfielen noch zwei Flugblätter und ein Wählblatt dem Verbot. Den 28 erlassenen Zeitungsverboten standen insgesamt 20 aufgehobene Verbote gegenüber. In demselben Zeitraum wurden 27 Versammlungen verboten, und zwar 25 von den Polizeibehörden und zwei vom Reichsminister des Innern. Hier wurden nur fünf Beschwerden erhoben, was die zuständigen Stellen zu der Auffassung veranlaßt, daß die Verbote im allgemeinen sehr vorsichtig und zum größten Teil zu Recht ergangen sind.

Berlin, 16. September. (M.B.) Der Reichsminister des Innern hat die in Berlin erscheinende Wochenschrift „Die Tradition“ für die Zeit vom 16. bis einschließlich 29. September 1921 verboten.

Preussischer Untersuchungsausschuß.

In einer Vormittags-Sitzung vernahm gestern der Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Märzunruhen einige Spezialzeugen zu einer Reihe von Einzelfragen. Auffällige Resultate ergaben diese Vernehmungen nicht, wenn auch manche interessante Einzelheiten zutage kam. Zuerst wurde der Polizeikommissar Unger aus Halle vernommen. Die Rechte wollte die Vernehmung dieses Zeugen benutzen, um Material gegen den sozialdemokratischen Polizeidirektor Dölg von Halle zu gewinnen. Sie befragten ihn deshalb u. a. eingehend über die Genehmigung einer Demonstration zu gesagtem nach dem Friedhof, wo ein Denkmal für die Gefallenen der Rapp-Tage errichtet werden sollte. Der Termin dieser Enthüllung stand schon seit Wochen fest, er fiel nur zufällig in die Aufstandszeit. Bei der Feier soll dann der bekannte K e m p l e die Anwesenden aufzufordern haben, den Aufständischen zu Hilfe zu eilen, worauf mehrere hundert Mann nach Mitteldeutschland abgerückt seien. Wegen der Genehmigung dieser Demonstration hat die Rechte Dölg heftig angegriffen. Es erregte daher einiges Aufsehen, als der Vorsitzende den Zeugen fragte, ob nicht der Vorgesetzte des Polizeidirektors Dölg, Regierungspräsident v. Gersdorff mit der Sache einverstanden gewesen sei, und, als der Zeuge dies nicht angeben konnte, den Beweis hierfür vorbehielt.

Die Vernehmung des Zeugen K e i n w a n d von der U.S.P., der einige Monate Polizeidirektor in Halle gewesen war, ergab nichts Wesentliches. Schließlich wurde noch der ehemalige Betriebsrat Bernhard Koenen von Leuna-Berz vernommen. Seine Aussage unterschied sich von der der früheren Leuna-Zeugen dadurch, daß er erklärte: Nicht die Diebstähle hätten vor dem Aufstand stark zugenommen, sondern die Kontrolle sei verschärft und dadurch seien die Zusammenstöße mit den Pölkern herbeigeführt worden. Die Diebstähle selber erklärte der Zeuge dadurch, daß auf dem Leuna-Berz eine Protektionswirtschaft geherrscht habe. Direktoren, Oberbeamte und besonders begünstigte Arbeiter hätten die Erlaubnis gehabt, für billiges Entgelt Gebrauchsgegenstände für sich herzustellen zu lassen. Dadurch seien die übrigen Arbeiter verdrängt worden, im kleinen für sich zu tun, was andere im großen taten. Der Zeuge, der der U.S.P. angehört, war Vorsitzender des Betriebsrats. Er hat im Gegensatz zu dem Obmann Daniel den Generalstreikbeschluss am 23. März gutgeheißen. Auffälligerweise hat er aber an den beiden Versammlungen, in denen der Generalstreik beschlossen wurde, trotz Anwesenheit im Wert

nicht teilgenommen.

Der Zeuge erklärt dies aus „tatsächlichen Rücksichten“. Während der Aufstandszeit war der Zeuge im Wert, will sich aber nur um Betriebsfragen bekümmert haben und kann über die Bewaffnung und militärische Maßnahmen unter K e m p l e nur sehr unbestimmte Mitteilungen machen. Der Zeuge sagt die Oberbeamten und Betriebsleiter heftig an, daß sie die Nationalarbeiten sabotiert hätten, nur weil sie die Kontrolle am Eingang geübt habe. Ueber K e m p l e folgt der Zeuge aus, man hätte oft zweifeln müssen, ob er aus

politischer Unreife oder als bezahlter Späher

die Arbeiterschaft zu törichten Entschlüssen hegte. Nach der Verurteilung Kempis zu lebenslänglichem Zuchthaus nimmt der Zeuge bestimmtes Interesse an. Am Abend vor der Einnahme hat der Zeuge, der außerhalb wohnte, wie gewöhnlich das Werk verlassen und es erst nach der Einnahme wieder betreten. Er kennt daher die Vorgänge bei der Einnahme nicht, weiß auch nicht genau, ob ein Beschluß vorlag, sich kampftos zu ergeben. Der Zeuge bezweifelt die Artillerieverseicherung als ein Verbrechen, weil ein Treffer in einen der großen Ammoniakbehälter im Umkreis von mehreren Kilometern alles Leben hätte vernichten können. Tatsächlich ist durch die Beschließung ein Zügelungsrohr zerstört worden. Daraufhin seien die Nationalarbeiter in die Keller geflüchtet und dadurch erst der Betrieb eingestellt worden, während bis dahin alle Nationalarbeiten verrichtet worden seien.

Wegen des sozialdemokratischen Parteitag findet die nächste Sitzung des Ausschusses erst am Sonntag, den 26. cr., nachmittags 1 Uhr, statt. Zu dieser Sitzung sind weitere Zeugen aus dem Leuna-Berz und den Mannsfeldischen Betrieben geladen.

Hauptauschuß der Arbeiterwohlfahrt.

Börlitz, 16. September.

(Eigener Drahtbericht.)

In der ersten beschließenden Jahresversammlung des Hauptauschusses für die Arbeiterwohlfahrt, die in Börlitz am 16. September tagte, referierte Genossin Juchacz „über die Erfahrungen der Vergangenheit in der Arbeiterwohlfahrt und ihre Nutzenwendung“. Sie betonte dabei, daß die Sozialdemokraten in der Arbeiterwohlfahrt nicht als Reklamebestanden, sondern schon vor dem Kriege und während des Krieges eine unumme sozialer Arbeit geleistet hätten. Es komme aber jetzt darauf an, alle Kräfte innerhalb der Arbeiterwohlfahrt organisatorisch zusammenzufassen. Schon die Ausführung der einzelnen Wohlfahrtsgesetze in den Ländern erfordert einen organisatorischen Apparat. Daher müsse auch die Sozialdemokratische Partei ebenso wie die anderen Parteien eine Organisation für die Arbeiterwohlfahrt schaffen, die zusammen mit den anderen Einrichtungen auf dem Wohlfahrtsgebiete arbeiten, und zwar unter

Beiseitefassung aller parteipolitischen Bestrebungen.

Katürlich könne diese Arbeit nur von den sozialdemokratischen Grundanschauungen aus geleistet werden. Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, der am 13. Dezember 1919 gegründet worden ist, habe sich vorläufige Richtlinien geschaffen, die ein Programm darstellen. Oberster Grundsatz sei die Zusammenfassung aller in

der Arbeiterwohlfahrt tätigen Männer und Frauen. In der Arbeiterwohlfahrt gebe es wie auf allen anderen Gebieten keine Sondergebiete für die Frauen und für die Männer. Der Hauptauschuß lehne sich in bezug auf die Organisation an die Parteiorganisation an. Er sei als ein besonderer Arbeitszweig der Parteiarbeit anzusehen, ohne daß deswegen die parteipolitische Einstellung in den Vordergrund geschoben werde. Aber genau wie die Bildungsarbeit gesondert erfolge, müsse auch für die Arbeiterwohlfahrt ein besonders organisierter Apparat geschaffen werden, der dann mit allen anderen Organisationen auf diesem Gebiete ebenso zusammenarbeiten habe, wie das im Zentralauschuß für die Auslandshilfe geschehen sei. Die Schulung der in der Arbeiterwohlfahrt tätigen Kräfte stelle eine der Hauptaufgaben des Hauptauschusses dar. Auf diesem Gebiete müsse auch eine große Arbeit geleistet werden. Die Erziehung der Sonderlehrgänge durch Stipendien sei nicht ohne Gefahren. Eine Schulungsmöglichkeit, wie sie in den Sonderlehrgängen geboten werde, müsse vorhanden sein. Selbst mit Hilfe von Stipendien sei es einer Reihe von für die Arbeiterwohlfahrt prädestinierten Frauen nicht möglich, die soziale Frauenschule zu besuchen. Das Bestreben des Hauptauschusses müsse es sein, durch besondere Maßnahmen auszuweichen, was an

Benachteiligung der minderbemittelten hochstrebenden Kräfte vorhanden sei. Die jetzige Zeit ist Uebergangszeit. Wichtig für die Arbeit der Orts- und Bezirksauschüsse ist die Mitwirkung an der Hand eines genauen Rezeptes. Die Genossen und Genossinnen müssen sich gegenseitig unterstützen und in enger Fühlung mit dem Hauptauschuß bleiben. Eine vereinsmäßige Organisationsform empfiehlt sich nicht.

Frau Hoyer-Keipzig tritt in der Diskussion für Schaffung von Säuglings- und Kleinkinderkrippen, insbesondere aber für die Einrichtung von Wälderholungsrippen ein.

Frau Babelmeier-München bedauert die Zersplitterung der Arbeiterwohlfahrt und spricht sich für ein Zusammenwirken der Arbeiterwohlfahrt mit den Gewerkschaften aus. Die Arbeiterwohlfahrt müsse durch Eintragung in das Vereinsregister zu einer einflussreichen Einrichtung gemacht werden, die auch ein Gegengewicht konfessioneller Vereine werden könne.

Genossin Grünberg-Rürnberg empfiehlt die Einrichtung von Kindergärten für Kinder, deren Eltern der Armut anheimfallen, und beantragt die Gründung gemeinnütziger Anstalten und Siedlungsgesellschaften zur Unterbringung von Waisenkinder und geistig Behinderten.

Genossin Jöls-Breslau sieht in der Aufbringung von Geldern durch die organisierte Arbeiterwohlfahrt und die Gewerkschaften ein Mittel, die parteipolitischen Gegensätzlichkeiten zu einem Teil zu überwinden und fordert Aufklärung durch die Presse über die Arbeiterwohlfahrt im sozialistischen Sinne.

Frau Büttner-Dresden berichtet über die Arbeiterwohlfahrt in Sachsen und fordert die Unterbringung von Frauen in möglichen Stellen der Arbeiterwohlfahrt.

Korrel-Hamburg schließt ausführlich die Hamburger Verhältnisse und betont, daß die Hamburger Jugendwohlfahrtsanstalt durch die Reichsgesetzgebung gefährdet sei.

Frau Harpß-Königsberg fordert die Umgestaltung rückständiger Gesetze und Schaffung neuer Gesetze auf Grund der sozialistischen Weltanschauung.

Winkler empfiehlt die Mitarbeit der Gewerkschaften, Ortskrankenkassen und Arbeiterkameradschaften in der Arbeiterwohlfahrt. Großian-Berlin fordert zur Gründung und Mitarbeit in Bänden der Arbeiterwohlfahrt.

Frau Lehmann-Böttingen wünscht die Hinzuziehung jugendlicher Arbeiterinnen für die Arbeiterwohlfahrt.

Frau Chemnitz weist u. a. auf die Wichtigkeit der Fürsorge für die schulenlose Jugend hin.

In der Nachmittagssitzung wird in der Diskussion über das Referat der Frau Juchacz fortgefahren.

Genossin Swerth ist der Meinung, daß auch eingetragene Vereine in der Arbeiterwohlfahrt praktische Arbeit leisten können. Der Hauptauschuß habe die Aufgabe, alle in der Arbeiterwohlfahrt tätigen Personen zusammenzufassen und neue Kräfte zu gewinnen. Die Arbeiterwohlfahrt müsse mit den bürgerlichen Organisationen zusammenarbeiten, und darum seien diese Ausschüsse unter allen Umständen beizubehalten. Vor allem gelte es aber, die Interessen der Genossen und Genossinnen bei der Befolgung von Stellen zu wahren. Besseres wäre es zweckmäßig, zwei Organisationen nebeneinander zu führen, die Arbeiterwohlfahrtsauschüsse der Reichs- oder Landesverbände. Dann wäre es auch eher möglich, mehr Mittel flüssig zu machen.

Hille-Berzau glaubt, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, das Gefühl der Solidarität und der Begeisterung unter den Sozialdemokraten wachzurufen. Es sei Aufgabe des Hauptauschusses, begeisterte Vertreter der Arbeiterwohlfahrt in die einzelnen Orte zu schicken.

Begler-Hamburg fordert die energische Verwirklichung des Versprechens der Reichsvereinigung betreffend ausreichende Fürsorge für lindernde Familien.

Frau Kunth schließt sich der Auffassung der Referentin an, daß Richtlinien für die Ausschüsse nicht gegeben werden könnten, da das Arbeitsfeld in den einzelnen Gegenden sehr verschieden sei. Vor allen Dingen sei es Pflicht des Hauptauschusses, über die einzelnen Fälle einer Notlage sofort an das Wohlfahrtsamt zu berichten und sich der Schließung familiärer Einrichtungen zu widersetzen. Durch unentgeltliche Unterbringung werdender und unehelicher Mütter in Entbindungsanstalten sowie durch Unterbringung der Kinder und eol. Arbeitsvermittlung der Mütter müsse einer

Bereitstellung der unehelichen Mutterchaft entgegengekehrt werden. Auch der Ausbildung ehrenamtlicher Kräfte sei in den Hauptauschüssen gleiche Aufmerksamkeit zu widmen. Eine Revision der Frauengefängnisse, in denen vor allen Dingen Frauen wegen Bergens gegen das feindliche Leben schmachten, sei unbedingt geboten. Wie für die politischen Gefangenen, müsse auch hier Amnestie gefordert werden.

Quark-Hammerstadt tritt für die Änderung der Prüfungsverordnung für die Ausbildung ein, weil von Arbeitern und kleinen Beamten pekuniäre Aufwendungen verlangt würden, die nicht getragen werden könnten. Auch für die Gewinnung ehrenamtlicher und nebenamtlicher Kräfte sei Sorge zu tragen. Kamensisch auf dem großen Gebiet der Borna-Wohlfahrt.

Herder-Bremen wünscht die Durchdringung der Gefangenensfürsorge, der Jugendfürsorge usw. mit sozialistischem Geist.

Haberland tritt für alljährliche Tagung in Verbindung mit dem Parteitag ein.

Frau Hauke schildert die

Verhältnisse in Oberschlesien

und spricht sich für einen Ausbau der Kinderhissen aus.

Jabe-Hamburg fordert eine Reform des Strafpolzugs. In Stelle der Gefängnisgeistlichen müssten soziale Beamte treten, die auf das geistige Leben der Gefangenen einwirken und ihnen die Wege im Lebenskampfe zu ebnen versuchen müssen.

Kernin-Eberfeld wünscht eine bessere Ausbildung der Frauen für Arbeiterwohlfahrt und empfiehlt Stipendien für diese Zwecke.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. Die vorliegenden Anträge und Resolutionen werden nach einem Schlußwort der Frau Juchacz angenommen bzw. dem Hauptauschuß überwiesen. Schluß 8 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Das Betriebsrätegesetz in der Tschechoslowakei.

Das tschechoslowakische Parlament hat im August ein Gesetz über die Betriebsräte angenommen, welches am 1. Januar 1922 ins Leben treten soll. Die Befugnisse der Betriebsräte sind, wie unten ausführlich mitgeteilt, nicht sehr weitgehend, da sie sich auf die Kontrolle der Produktion nicht erstrecken. Die Betriebsräte haben sich in erster Linie mit dem Arbeitsverhältnis zu beschäftigen. Das Gesetz nimmt den Bergbau, für welchen Betriebsräte bereits eingerichtet sind, und die staatlichen Betriebe aus, es bezieht sich aber auf alle anderen Unternehmen, welche auf Erzielung von Gewinn gerichtet sind und wenigstens 30 Angestellte resp. Arbeiter beschäftigen. Der Betriebsrat besteht aus 3 bis 20 Mitgliedern und wird durch Verhältniswahl gewählt. Als Wirkungskreis der Betriebsräte ist folgendes vorgegeben:

Sie sind verpflichtet, auf alles zu achten, was sich auf die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen der Angestellten und Arbeiter bezieht. Sie beteiligen sich an der Ausarbeitung der Verträge über Arbeitsstunden, Gehälter usw. und überwachen die Ausführung derselben. Sie haben das Recht, in Gegenwart eines Bevollmächtigten des Unternehmers die Lohnbücher des Betriebes zu prüfen. Sie überwachen die Ausführung der schiedsgerichtlichen Entscheidungen und der Bestimmungen über Arbeiterschutz, besonders soweit es sich um Schutz gegen Unfälle, Hygiene und allgemeine Sicherheit der Arbeiter handelt. Ein Mitglied des Betriebsrats muß an allen Verhandlungen über Fragen dieser Art, die mit den Behörden geführt werden, teilnehmen. Die Betriebsräte arbeiten gemeinsam mit der Leitung des Betriebes an der Aufrechterhaltung der Disziplin, des harmonischen Verhältnisses zwischen Leitung und Arbeiterschaft sowie des Personals unter sich. Sie ernennen unparteiische Schiedsrichter für den Ausgleich eventuell eintretender Differenzen zwischen den Anhängern verschiedener Glaubensbekenntnisse, Parteien oder Organisationen. Falls die Direktion mit der Entlassung einer größeren Zahl von Arbeitern aus anderen Gründen als denen der Arbeitsleistung droht, oder ein Arbeiter bzw. Angestellter, der mehr als drei Jahre im Betrieb beschäftigt war, entlassen werden soll, hat der Betriebsrat das Recht, Einspruch zu erheben und seine Meinung auszusprechen. Die Räte sind unter Umständen mit der Verwaltung der von den Betrieben eingerichteten Wohlfahrtsvereinigungen zu betrauen. In Unternehmen, die 300 Arbeiter oder 50 Angestellte (Bureaubeamten usw.) beschäftigen, hat der Betriebsrat das Recht zur Einsicht und Prüfung der Bilanz des Vorjahres. In Aktienunternehmen mit einem Kapital von mindestens einer Million Kronen hat der Rat das Recht, einen Bevollmächtigten zu den Direktions-Sitzungen zu entsenden. Dieser muß sowohl zu den Sitzungen wie zu der jährlichen Generalversammlung zugezogen werden. Er hat kein Stimmrecht.

Ferner sieht das Gesetz die Schaffung eines Schlichtungsausschusses zur Regelung von Arbeitsstreitigkeiten vor. Dieser Ausschuss wird sich aus sechs Mitgliedern zusammensetzen und kann Beschlüsse fassen, die von den Behörden ausgeführt werden. Den Vorsitz soll ein Jurist führen, im übrigen setzt sich der Ausschuss aus je zwei Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und aus einem Sachverständigen für industrielle Fragen zusammen.

Internationaler Textilarbeiterkongress.

In der Zeit vom 19. bis 24. September d. J. wird in Paris ein internationaler Textilarbeiterkongress stattfinden. Er war schon vor dem Kriege für Frankreich vorgesehen, mußte aber wegen des Krieges vertagt werden.

Der letzte internationale Textilarbeiterkongress fand in Blackpool (England) kurz vor Ausbruch des Krieges statt. Er erklärte sich einmütig gegen jeden Krieg — zu einem Zeitpunkt, an dem der Krieg schon, ohne daß die Teilnehmer am Kongress eine Ahnung davon hatten, so gut wie fertig war. Hoffentlich wird der Gedanke der Völkervereinigung und der Kriegsgegnerschaft auch den Pariser Kongress beherrschen. Dieser wird natürlich, seinem Zweck entsprechend, keine Politik treiben. Die vorläufige Tagesordnung sieht den Ausbau des internationalen Sekretariats und der internationalen Streikunterstützung, des internationalen Korrespondenzblattes (Periodische Berichte genannt) vor. Dem Kongress liegen Anträge auf internationale Regelung der Arbeitszeit und solche vor, die Arbeitlosigkeit und die Unfallversicherung zu besprechen. Von Italien liegt ein Antrag vor, die 48-Stundenwoche als längste Arbeitswoche und den Siebenstundentag als längste Arbeitszeit für Schichtarbeiter zuzulassen. Holland beantragt sogar, eine sechsstündige Propaganda für die 45-Stundenwoche, die dort Gesetzkraft hat, zu entsenden. Wir werden über die Verhandlungen, die im Saale der Kooperations, Tourbous du Temple, stattfinden, am Schluß zusammenfassend berichten.

Der Streik in der Filmindustrie.

Bewisse tendenziöse Pressenachrichten versuchen die Beilegung des Streiks zu verzögern. Dabei tut sich der „Lokal-Anzeiger“ besonders hervor. Er schrieb zum Beispiel in seinem letzten Bericht, das Arbeitsministerium greife auf seinen Fall in diesen Streik ein. Das entspricht nicht der Wahrheit. Vielmehr wird das Arbeitsministerium heute frisch mit den Parteien in Verhandlungen eintreten.

Die Arbeitgeber versuchen durch persönliche Rücksprache mit einzelnen ihrer Angestellten und Arbeiter unter Verschönerung

günstiger Lohnlage die Einheit der Bewegung illusorisch zu machen. Viele Bemühungen scheitern jedoch an dem gesunden Sinn der Streikenden.

Rettennde Engel.

Eine besonders mißbräuchliche Verwendung der Sipobeamtinnen zum „Saugen“ der Arbeitswilligen erlaubt sich die Terra-Film-Kriegsgesellschaft, Kochstr. 72/73, in deren Betrieb das gesamte Personal Streikbrecherarbeiten verrichtet. Drei Beamte der Sipo sind dort seit einigen Tagen bereits stationiert, welche sich in dem Anmeldeamt der Firma aufhalten, und von denselben nach Feststellung einwandfreier Zeugen bei einem Glase Bier ihren beschwerlichen Dienst verrichten. Nur ab und zu muß sich einer dieser Beamten dazu bequemen, irgendeinen Streikbrecher vor den Gefahren der Strafe zu behüten und ihn, wie wir ebenfalls wiederholt festgestellt haben, zur nächsten Elektrischen zu geleiten.

Wir erlauben uns, in der Öffentlichkeit die Frage zu erheben, ob die Sipo nichts Besseres zu tun hat, als einem halbsittigen Unternehmertum Handlangerdienste zu leisten, um den Streik der um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Arbeitnehmerschaft in dieser Art abzuwürgen.

„Revolverhelden beim Filmstreik“.

Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes ersucht uns Herr Richard Ott, Lichterode, Richterstr. 6, von der Hansa-Film-Verleih-G. m. b. H. um eine Verichtigung der in Nr. 435 des „Vorwärts“ gebrachten Schilderung der Vorgänge, die sich am Mittwoch vor dem Hause der Gesellschaft, Zimmerstr. 16/18, abspielten. In jenem Morgen hätten die Streikposten einen furchtbaren Terror auf die Arbeitswilligen ausgeübt, so daß sich Herr Ott „ein furchtbares Bild“ dargeboten habe, als er die Geschäftsräume betrat. „Es lagen Damen und Herren in Weinkrämpfen, und anderen waren mit knapper Not stärkere Verletzungen entgangen.“ „Ich habe mich dann im Hausflur aufgehalten und wie gewöhnlich verhielt, gütlich auf die Leute einzureden. Es waren aber lebhaft Arbeiter aus anderen Betrieben, die mich wahrcheinlich nicht kannten, denn nur so kann ich es mir erklären, daß die Leute plötzlich auf mich und auf die im Betriebe anwesenden Leute einbrangen, so daß ich mich genötigt sah, völlig ungefährliche Schreckschüsse abzugeben.“

Herr Ott bestätigt also, daß er sich im Hausflur aufgehalten und Schüsse abgegeben hat.

Ein Augenzeuge teilt uns mit, daß die Streikenden versuchten, weibliche Arbeitswillige, die auf der dem Hause gegenüberliegenden Straße standen, zur Solidarität zu ermahnen. Als zwei männliche Streikbrecher kamen, um in die Betriebsräume zu gehen, schlossen sich ihnen ihre Kolleginnen an. Infolgedessen kam es zu erregten Auseinandersetzungen auf beiden Seiten, in deren Verlauf eine Arbeitswillige einem Streikenden ins Gesicht schlug. Zur Feststellung ihrer Personalkarte wurde die schlagfertige Arbeitswillige einem vor dem Hause postierten Polizeibeamten überliefert. Herr Ott stand während dieser Vorgänge im Hausflur. Als ein Streikender auf ihn zutrat, um mit ihm zu sprechen, schob Herr Ott dreimal auf denselben und ließ dann die Treppe hinauf, während die Arbeitswillige auf die Straße zurückkehrte. Nachdem ein Trupp der Schutzpolizei erschien, ging sie wieder in die Arbeitsräume.

Herr Ott wird zugeben müssen, daß, wenn er sich in seinen Geschäftsräumen anstatt im Hausflur aufgehalten hätte, die unnütze Spielerei mit dem Schießinstrument unterblieben wäre und er dann auch nicht in den Verdacht eines „Revolverhelden“ kommen konnte.

Und die Moral von der Geschicht: Spiele nie mit Schießgewehren!

Lohnverhandlungen der Silberarbeiter.

In einer stark besuchten Versammlung der Silberarbeiter und -arbeiterinnen Groß-Berlins, die am Donnerstag im „Dresdener Garten“ tagte, berichtete Heipt über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Verhandlungen zu keiner Verständigung geführt haben. Die Verhandlungskommission habe einen Lohnzuschlag von 2 M. für die Stunde gefordert. Von den Arbeitgebern sei zunächst nur die Hälfte, nämlich 1 M., geboten worden. Schließlich sei das Gebot für männliche Kräfte auf 1,25 M. erhöht worden, den weiblichen wolle man aber nur 75 Pf. Zuschlag bewilligen.

Die Aussprache war reg und ließ erkennen, daß die Versammelten auf ihrer Forderung von 2 M., die als recht mäßig zu bezeichnen sei, bestehen. Verschiedene Redner sprachen sich auch gegen eine geringere Bezahlung der Frauenarbeit aus.

Nach der Diskussion wurde gegen eine Stimme beschlossen, die Verhandlungskommission zu beauftragen, nochmals mit den Arbeitgebern zu verhandeln.

Zwanzig Mark Monatsgehalt.

Die Firma Schweizer u. Co., Wödenstr. 69, wollte einen kaufmännischen Lehrling zu dem Monatsgehalt von 20 M. monatlich einstellen. Sie erklärte dem Vater des Lehrlings zunächst, daß sie ein höheres Gehalt nicht bezahle. Der Vater gab sich aber damit nicht zufrieden, sondern erkundigte sich nach den Gehaltsfähigkeiten und bestand auf tariflicher Bezahlung. Endlich bewilligte sich auch die Firma dazu, ein höheres Gehalt zu bezahlen.

Man ersieht daraus, wie die Arbeitgeber auf die geringe Erziehung der Eltern spekulieren und wie notwendig es ist, sich belagern über den zukünftigen Beruf seiner Kinder genau zu unterrichten.

Wer sich vor Enttäuschungen schützen will, hole sich vor Eintritt einer kaufmännischen Lehrstelle Auskunft und Rat beim Jugendsekretariat des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10.

Ausdehnung des Meuselwäher Streiks.

Dem Streik im Meuselwäher Braunkohlenrevier, eine Folge des Unglücks auf der Grube Idaschacht, dem 17. Berg-

arbeiter zum Opfer fielen, haben sich auf Beschluß der Bergarbeiterversammlungen die gesamten Belegschaften des ganzen Reviers angeschlossen. Die Schächte liegen vollkommen still. Notstandsarbeiten werden vorläufig verrichtet, bis, wie die Bergarbeiter erklären, die Unternehmer sie zu schärferen Maßnahmen zwingen. Die Belegschaften beschloßen, während des Streiks durch eigene Ordner die Ruhe und Ordnung im ganzen Revier aufrechtzuerhalten. Das Ziel des Streiks ist die Beilegung des Obersteigers Breuer, der nach Ansicht der Streikenden die Schuld an dem Unglück trägt. Die Direktion weigert sich, der Forderung nachzukommen, obwohl auch die Thüringer Regierung ihr den Rat gab, Breuer zu verurteilen, da ein gedeihliches Arbeiten zwischen ihm und der Belegschaft nicht mehr möglich sein werde.

Vom Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich.

Die Arbeitgeber weigern sich, zu Besprechungen über die Beilegung des Abwehrstreiks gegen Lohnkürzung mit den Arbeitern nach Paris zu gehen. Infolgedessen hat die Gemeindeverwaltung von Roubaix beschloßen, die Streikenden durch unentgeltliche Zumbung von Naturalien zu unterstützen. Die Unternehmer befolgen offenbar die Taktik, die Arbeiter im Streik müde werden zu lassen, um ihnen dann ihre Bedingungen zu diktieren.

SPD-Funktionäre der Siemens-Werke!

Dienstag nachmittag 4 Uhr Konferenz bei Marand, Nonnen-dammallee. Alle Vertrauensleute müssen in dieser Konferenz erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Von den Beamtenwahlen bei der Eisenbahn liegt bisher folgendes Teilergebn vor: Reichsgewerkschaft: 90 700, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 36 000, Deutscher Eisenbahnerverband 36 000, Allgemeiner Eisenbahnerverband 1200 Stimmen. Das Berliner Ergebnis sieht so aus: Reichsgewerkschaft 9287, Deutscher Eisenbahnerverband 1549, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 1387 und Allgemeiner Eisenbahnerverband 240 Stimmen. Die dem Deutschen Beamtenbund angeschlossene Reichsgewerkschaft hat also auch nach dieser Aufstellung die weitaus größte Stimmenzahl auf sich vereinigt.

Der Schiedspruch für die Versicherungsangestellten wurde vom Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen in seiner Hauptversammlung am 16. September angenommen. Der Verband berechnet die den Versicherungsunternehmen durch den Schiedspruch erwachsenden Mehrausgaben an Gehältern auf über 100 Millionen Mark, gegenüber den Leistungen des Jahres 1920 sogar auf 250 Millionen Mark. Das besagt, daß in den Versicherungsunternehmen recht viele Angestellte beschäftigt werden, die früher zumal ziemlich niedrige Gehälter bezogen.

Achtung, Holzarbeiter! Für alle arbeitslosen, sowohl ausgesteuerte wie auch bezugsberechtigte Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes wird in der Zeit vom 19. bis 24. September eine Extraunterstützung ausgezahlt. Die Bücher sind einen Tag vorher auf dem Arbeitsnachweis, Rüderstr. 9, bzw. auf der Siempfelstraße, Remerstraße, abzugeben. Die Reihenfolge der Auszahlung ist die bisher übliche:

1. K. L. Montag, M bis P. Dienstag, S, St, Sch, Sp, Sz, T. Mittwoch, Qu, R, U, V, W, Z. Donnerstag, A, B, C, D, E. Freitag, F, G, H. Sonnabend.

Die Auszahlung für Streikende beginnt ab 23. September. Die Ortsverwaltung.

Zur Lohnbewegung der Zeitungsboten. In unserem gestrigen Bericht über Lohnforderungen der Zeitungsboten befindet sich ein Druckfehler. Für einmaliges Auszetragen von täglich 100 Zeitungen werden nicht 100, sondern 125 Mark gefordert.

Zum Streik auf dem Magerviehhof, in den jetzt die Technische Rothilfe eingegriffen hat, teilen wir mit, daß an ihm nur Angehörige des christlichen Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter beteiligt sind. Zur großen Freude der Direktion des Magerviehhoofs sind dort keine freigestellene Arbeiter organisiert. Dies allen jenen zur Kenntnis, die etwa mit der Absicht umgehen, gegen die „sozialistische-kommunistische“ Arbeiterschaft eine neue Hege zu veranstalten.

Drohender Angestelltenstreik in Frankfurt a. M. Die kaufmännischen Angestellten von Frankfurt a. M. beschloßen am Donnerstag in einer Risikoversammlung in den einzelnen Betrieben Abstimmungen vorzunehmen zu lassen und am Dienstag in den Generalkonferenz zu treten, falls sich 75 Prozent dafür erklären würden. Ueber die Forderungen der Angestellten ist uns bis zur Stunde nichts bekannt.

Beckler-Verband. Fachgruppe Siebmeister. Große Versammlung der Sieb-, Form-, Reismischer- und Siebmeister am Sonntag, vormittag 10 Uhr, Schulbeh. Reue Jakobstraße 24/25.

Angestellte im Buchhandel! Montag 7½ Uhr im „Blauen Saal“ der „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 56-59. Versammlung aller in Wf-Berbinden organisierten Angestellten im Buchhandel. Tagesordnung: Der Spruch des Schlichtungsausschusses. Freie Aussprache. Beschlußfassung.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. West, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postamt: Berlin. Postfach 1111.

Die Glyzoran-Fahrcheine sind die Wertvollen!

Pfeil-Spar-Glühkörper
Man fordere ausdrücklich „Pfeil-Spar-Glühkörper“ und achte auf die Pfeil-Schutzmarke
25% Gas-Ersparnis

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
auf Teilzahlung
Kleinste An- u. Anzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Radstr. 47-48.
5 Min. v. Bf. Gesundbr.

Die wichtigsten Annehmungen von Süßstoff
für alle Speisen und zum Einkochen:
Kristall-Süßstoff.
1 H.-Brotchen = 1/4 g für 75 Pf. hat die Süßkraft eines Pfundes Zucker. Rein — vorzüglich — bestmöglich.
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

für warme und kalte Getränke:
Süßstoff-Tabletten.
1 Tablette = 1/4 Würfel Zuder auf eine Tasse. Schachteln mit 100 Tabl. M. 1.40, 200 Tabl. M. 2.60, 500 Tabl. M. 6.—
trotz gewaltiger Waresteigerung!

Alles in den Schatten stellend
Leihhaus Brunnenstrasse 5
(Rosenhaier Platz)
Fahrgeld-Vergütung
sind unsere Preise
Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways
aus erstklassigen Maßstoffen, Roßhaar-Selbstveredelung, prachtvoller Sitz 400, 500, 600 Mark
Kreuzfische Silber-, Zobel-, Alaskafische, Sealmäntel, Geb- und Sportpelze 50 Prozent billiger als im Laden
Kleine Lombardware

Metallankaufsstelle
Osten, Grüner Weg 90
zahlr. Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.
Alt-Metalle!
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw. kaufen wir zu Tagespreisen. Bester Abzug für Schmelz, Infiltrations- und Fabrikate.
Gebr. Jahnmann
Raben Kallenborststr. 39 Raben
9-7 Uhr

O, wir Menschenbestien
muß jeder Friedensfreund gelesen haben!!!
Preis nur 2,30 M.
PIONIER-VERLAG, HAMBURG 44